



Positionen der IHK Hannover 2025

Herausgeber:
Industrie- und Handelskammer Hannover
Bischofsholer Damm 91
30173 Hannover
Tel. 0511 3107-0
E-Mail: info@hannover.ihk.de
www.hannover.ihk.de

Ansprechpartner
Alexander Krause
Strategie und Region
alexander.krause@hannover.ihk.de

Layout
Frank Loeser grafik+design

Bildnachweis
Titel: Christian Burkert (IHK Hannover), S. 4: Stefan Finger (IHK Hannover), S. 6 u. 7: Christian Burkert (IHK Hannover), S. 8: Marcus Prell, S. 11: TommL (iStockphoto), S. 12: fotografixx (iStockphoto), S. 15: Tante Enso / Hans-Hermann Borggreffe, S. 16/17: Alexander Pyatenko (iStockphoto), S. 20: Life Science Factory, S. 22: Gorodenkoff (Adobe Stock), S. 23: auremar (Adobe Stock), S. 25 li. u. re.: Stefan Finger, S. 28: Magnifier (Shutterstock), S. 31: Quality Stock Arts (Adobe Stock), S. 32: rh2010 (Adobe Stock), S. 34: Tobias Arhelger (Adobe Stock), S. 34/35: littlewolf1989 (Adobe Stock), S. 37: IHK Hannover

Stand
Oktober 2024

INHALT

Einleitung Positionen der IHK Hannover 2025	4
Management Summary	6
Position 1 Wie digitalisieren wir Verwaltungsprozesse effektiv?	8
Position 2 Wie fördern wir Innovationen und den Fortschritt unserer Region?	10
Position 3 Wie stärken wir ländliche Räume in der Region?	14
Position 4 Wie sehen die Innenstädte der Zukunft aus?	16
Position 5 Wie können wir den Wissens- und Technologietransfer weiter verbessern?	19
Position 6 Wie können wir zur Fachkräftesicherung mit zeitgemäßer attraktiver beruflicher Bildung beitragen?	22
Position 7 Wie können wir zusätzliche Fachkräftepotenziale gezielt heben?	25
Position 8 Was müssen wir leisten, um offene Märkte zu schützen?	28
Position 9 Wie transformieren wir die Energiewirtschaft?	30
Position 10 Wie gestalten wir die Mobilität von morgen?	34
Position 11 Wie gelingt uns die Transformation hin zu Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit?	37



EINLEITUNG

Positionen der IHK Hannover 2025

Die Positionen der IHK Hannover 2025 bilden eine wichtige Grundlage unserer Arbeit in den kommenden Jahren. Mit diesen Positionen manifestiert die IHK Hannover ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung. Sie bilden einen ordnungspolitischen Rahmen und sollen Wirtschaft, Politik und Verwaltung eine Orientierung bei Entscheidungen geben. Gerade in schweren Zeiten, sich verändernden äußeren Einflüssen und gesellschaftlichen Ansprüchen, ist es unerlässlich, auf das Bestehen klarer marktwirtschaftlicher Prinzipien zu bauen, die unsere Wirtschaft über Jahrzehnte gestärkt haben: Offene Märkte, in denen frei und eigenverantwortlich agiert wird. Der Schutz von Privateigentum und die Förderung des Wettbewerbs, gepaart mit der klaren staatlichen Verantwortung zu Daseinsfürsorge sind und bleiben die Fixpunkte unseres Handelns.

Bürokratieabbau bleibt wichtigste Aufgabe

Freiheit, Eigenverantwortung und das unternehmerische Handeln wird allzu oft durch komplexe Regulatorik und staatliche Schranken eingebremst. Dabei wollen die Unternehmen die Herausforderungen selbst lösen und können dies durch Engagement und Innovation häufig selbst auch am besten. Der Abbau, zumindest aber die praxistaugliche Gestaltung von Bürokratie, ist daher einer der entscheidendsten Faktoren für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung der Region. Als wichtig erachten wir eine kundenorientierte Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Durch eine kluge Umsetzung lassen sich hier viele Vorteile für die Wirtschaft schaffen. Die einfache und praktikable Umsetzung neuer Gesetze muss zur Maßgabe bei der Schaffung von Regulatorik werden. Die Stärkung der Clearingstelle des Landes Niedersachsen und die darüberhinausgehende weitere Beteiligung von Praktikerinnen und Praktikern im Entstehen von Gesetzen ermöglichen es,

Belastung für die Wirtschaft schon früh zu erkennen und im besten Fall gar nicht entstehen zu lassen. Aufbewahrungsfristen, endlose Planungsverfahren, unklare Unternehmensfinanzierung unter dem Aspekt des ESG-Scorings oder das so genannte Lieferkettengesetz: Politik soll Leitplanken und Spielräume definieren, sie soll gute Rahmenbedingungen setzen. Sind diese zu eng gefasst, hindern sie Unternehmen an einer guten Entwicklung und führen zu Frust und Resignation.

Nachhaltigkeit als roter Faden

Um eine nachhaltige, soziale und ökologische Zukunft zu gewährleisten, sind Umweltschutz, die Transformation der Energiewirtschaft aber auch die Weiterentwicklung der Bildungssysteme ein wichtiger Faktor. Nachhaltigkeit darf daher nicht zu einem Reizwort werden, sondern sollte sich wie ein roter Faden durch unser Handeln ziehen. Dabei darf Nachhaltigkeit nicht zu einer Belastung werden, sondern sollte im Sinne der Ressourceneffizienz zu einem positiv besetzten Begriff werden. Für die nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft kommt daher der Transformation der Wirtschaft eine entscheidende Rolle zu. Lebenslanges Lernen ermöglicht es uns, für die Unternehmen wichtige Arbeitskräfte zu erhalten und die Transformation aktiv mitzugestalten. Hier werden wir auch in Zukunft als aktive und verantwortungsbewusste Partnerin auftreten.

Fachkräftegewinnung zentrale Herausforderung

Die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften bleibt eine der größten Herausforderungen für die Wirtschaft. Als IHK sehen wir uns hierbei an zentraler Stelle, die Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmenden sowie die Gewinnung von Fachkräften aktiv zu begleiten. Die Stärkung der Dualen Ausbildung und die Betonung ihrer Vorteile für die Wirtschaft, vor allem aber auch für junge Menschen sind eine unserer vorrangigen Aufgaben. Wir begleiten zudem die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland und wollen mit schlanken und schnellen Verfahren bei der Berufsankennung den Einstieg in den regionalen Arbeitsmarkt unterstützen.

Für die Wirtschaft ist das Finden von klugen Köpfen, die Lust haben, Unternehmen mitzugestalten, die Voraussetzung, nachhaltig und zukunftssicher planen zu können.

Politische Verlässlichkeit ist Grundlage

Zum nachhaltigen Planen gehört auch die Verlässlichkeit von politischen Entscheidungen. Das diese politische Zuverlässigkeit heute von vielen Unternehmen kritisiert oder gar als Geschäftsrisiko benannt wird, muss ein Alarmsignal sein. Zu viele Ankündigungen, zu viele kurzfristige Kurswechsel und gleichzeitig zu wenige positiv-wahrnehmbare Entwicklungen haben das Vertrauen der Wirtschaft in die Politik belastet.

Helfen kann hier nur ein echtes Aufbruchsignal, das die Politik an die Wirtschaft sendet – untermauert mit Maßnahmen, die in der Praxis auch ankommen und die schnell und spürbar wirken. Antworten auf den hohen Energiepreis, Unterstützung bei der Dekarbonisierung oder Begleitung des demografischen Wandels. Die Herausforderungen der Unternehmen sind groß genug. Das Signal der Politik muss sein: Wir brauchen und vertrauen euch!

Die Positionen der IHK Hannover ergänzen die allgemeingültigen Beschlüsse der IHK-Organisation. Sie haben keinen Anspruch auf eine umfassende Vollständigkeit, sondern wollen ausgewählte Schwerpunkte für die kommenden Jahre setzen.

Management Summary

Die Positionen der IHK Hannover 2025 sind die Grundlage unserer Arbeit in den kommenden Jahren. Gemeinsam mit unseren Gremien und der Wirtschaft im IHK-Bezirk Hannover wurden sie erarbeitet. Sie ergänzen die allgemeingültigen Beschlüsse der IHK-Organisation. Sie erheben keinen Anspruch auf umfassende Vollständigkeit, sondern wollen ausgewählte Schwerpunkte für die kommenden Jahre setzen.

Unerlässlich für den Abbau bürokratischer Hürden ist eine nachhaltige Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen. Die IHK Hannover spricht sich für eine ebenenübergreifende Digitalisierungsstrategie aller Verwaltungsprozesse aus, um Unternehmen einen unbürokratischen Zugang zu ermöglichen. Neben der Nutzungsfreundlichkeit lassen sich so Prozesse beschleunigen und länderübergreifend vereinheitlichen. In digitalen Experimentierräumen ließe sich der Einsatz neuer Prozesse, aber auch KI-gesteuerter Anwendungen testen. Der Schutz vor Cyberangriffen bleibt eine wichtige Aufgabe, bei der Kompetenzen aus- und aufgebaut werden müssen.

Investitionen in eine leistungsfähige Forschungsinfrastruktur, ein modernes Bildungswesen und breit angelegte Innovationsförderung bilden eine wichtige Grundlage für die künftige Entwicklung einer Region. In Niedersachsen waren diese zuletzt im Bundesvergleich eher unterdurchschnittlich. Dabei benötigt die Wirtschaft die Unterstützung der Politik, um eine wachstumsfördernde Innovationskultur zu schaffen. Investitionen in Forschung, Bildung und die nötige Infrastruktur sind dazu unerlässlich. Gezielte und technologieoffene Förderungen können zudem zu echten Innovationssprüngen führen. Insbesondere in Reallaboren können hier wichtige Projekte entstehen. Staat-

liche Eingriffe in Unternehmen und Märkte sollten kritisch überprüft werden. Regularien und Auflagen sind dort sinnvoll, wo Sicherheitsrisiken besonders erhöht sind.

Der IHK-Bezirk Hannover ist strukturell sehr heterogen geprägt. Neben den großen Städten Hannover, Göttingen und Hildesheim prägt der ländliche Raum die Struktur der Region. Die Schaffung gleichwertiger oder zumindest angeglicher Lebensverhältnisse ist wichtig für die Wirtschaft. Standortfaktoren wie Infrastruktur – Straße, Schiene, Energie und Datenleitungen – aber auch medizinische Versorgung und die wohnortnahe Berufsschulversorgung sind daher besonders zu beachten. Hinzu kommt, dass sich die IHK Hannover für die bedarfsgerechte Ausweisung von Gewerbeflächen ausspricht. Interkommunale Zusammenarbeit und Kooperationen über Ländergrenzen hinweg sind wichtige Paradigmen.

Unsere Innenstädte verändern sich. Digitalisierung, das sich wandelnde Konsumverhalten und der Klimawandel prägen zunehmend die innerstädtischen Strukturen. In der Folge wird die Innenstadt multifunktionaler werden, wobei der stationäre Handel auch künftig eine zentrale Rolle spielen wird. Eine hohe Aufenthaltsqualität ist für eine vitale Innenstadt von entscheidender Bedeutung. Verkehrskonzepte sollten berücksichtigen, dass die Lebendigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Zentren maßgeblich von ihrer Erreichbarkeit abhängen. Verkaufsoffene Sonntage bleiben eine gute Maßnahme, um die Vitalität von Zentren zu betonen.

Um den Transfer von Wissen aus der Forschung in die Wirtschaft zu fördern, bedarf es strategischer Partnerschaften zwischen den Akteuren. Je mehr innovative Akteure in einer Region zusammenkommen, desto höher



ist der gegenseitige Nutzen, und umso eher verstärken sich positive Effekte für Wirtschaft, Hochschulen und Fachkräfte. Der Zugang zu Fördermitteln muss zudem vereinfacht werden.

Um dem Fach- und Arbeitskräftemangel der Unternehmen zu begegnen, braucht es eine weitere Stärkung der dualen Ausbildung, die einen gleichwertigen Karrierepfad wie eine akademische Ausbildung darstellt. Neben einer verstärkten Berufsausbildung ist eine bessere Ausstattung der Berufsbildenden Schulen unabdingbar. Junge Menschen sollen mit der Einführung eines Azubitickets in ihrer Mobilität unterstützt werden. Die Einbindung digitaler Mittel, etwa KI, in die Lehrerausbildung garantiert eine moderne Ausbildung. Zur Sicherstellung des Fachkräftebedarfs ist auch eine gezielte Zuwanderung sowie die Weiterqualifizierung von An- und Ungelernten in den Blick zu nehmen. Ein ausreichendes Angebot an Informations- und Beratungsstrukturen sowie die Verfügbarkeit berufsbezogener Deutschkurse sind hierfür Voraussetzung. Hinsichtlich der steigenden Anzahl von An- und Ungelernten sollte das enorme Potenzial von Teilqualifikationen stärker genutzt werden, um Menschen praxisnah und flexibel für Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt schrittweise zu qualifizieren.

Die vormals angestrebte Offenheit der Märkte wird heute nicht mehr als Wohlstandsschaffender Wert begriffen. Als Erfolgsmeldung gilt es vielmehr allzu häufig, wenn durch Abschottungsmaßnahmen, Sanktionen oder Strafzölle in die Handelsströme eingegriffen wird. Die IHK Hannover spricht sich weiterhin für offene Märkte aus. Regulatorische Maßnahmen, die dies einschränken, müssen dringend auf den Prüfstand. Die Vollendung des Binnenmarktes bleibt eine Aufgabe der Europäischen Union.

Mit den guten Standortvoraussetzungen der erneuerbaren Energien sollte es Ziel sein, dass Niedersachsen die Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Energiewende ausbaut. Für die Wirtschaft sind dabei marktgerechte Preise und Versorgungssicherheit die beiden wichtigsten Faktoren. Mit beschleunigten Verfahren muss die notwendige Infrastruktur geschaffen werden, um regenerative Energie weiter zu fördern. Beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sind alle Teile Niedersachsens, insbesondere auch der ländliche Raum, einzubeziehen.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind ebenfalls weiter zu forcieren. Erhalt steht dabei vor Neubau, wobei sich verändernde Verkehrsströme auch im Ausbau bestehender Straßen-, Schienen- und Wasserwege niederschlagen müssen. Planverfahren sind hinsichtlich ihrer Dauer und Komplexität zu verschlanken. Mobilitäts- und Logistikkonzepte sind zentrale Voraussetzungen für einen zielgerichteten und abgestimmten Plan zur Entwicklung und zum Umbau des Verkehrssystems. Dabei sollten die Städte und Wirtschaftsstandorte aber auch ländliche Räume für Wirtschafts- und Kundenverkehr gut erreichbar bleiben.

All diese Themen führen zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Damit „Nachhaltigkeit“ und Wettbewerbsfähigkeit dabei im Einklang stehen, erfordert es ein gesamtgesellschaftliches Handeln, an dem die Wirtschaft partizipieren kann. Dabei sollte Regulatorik so gestaltet werden, dass sie in sich konsistent ist und Unternehmen nicht über Gebühr belastet werden. Gesamtwirtschaftlich wirkt dies positiv auf die Planungshorizonte und ermöglicht eine wesentlich höhere Akzeptanz.



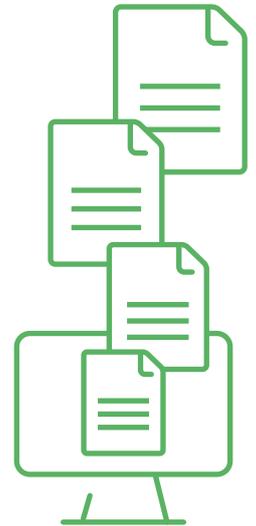
Wie digitalisieren wir Verwaltungsprozesse effektiv?

Wie ist es?

Seit Jahren rangiert Deutschland im EU-Vergleich bei E-Government Services deutlich im unteren Mittelfeld. Alle bisherigen Anstrengungen, wie das Onlinezugangsgesetz (OZG), haben bisher nicht dazu geführt, dass es einen durchgreifenden Digitalschub gibt. Insbesondere die unklaren und zerklüfteten Digitalisierungskompetenzen in der öffentlichen Verwaltung sowie die nicht zu erkennende politische Priorität des Themas sorgen für zu wenig Fortschritt. Nach der Digitalisierungsumfrage 2023 der IHK Hannover kritisieren vier von fünf Unternehmen den Stand der Umsetzung der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung.

Eine effiziente digitale Verwaltung, und damit Geschwindigkeit, z. B. bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, und weniger Bürokratie, ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Wettbewerbsfähigkeit entscheidet über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes.

Unternehmen haben im Durchschnitt rund 200 Kontakte mit der öffentlichen Verwaltung pro Jahr. Sie sind damit Power-User. Deshalb führen nicht durchgängig digitalisierte Verwaltungsverfahren zu erheblichen Bürokratiekosten in der Wirtschaft. Der Bürokratieabbau ist aus Sicht vieler Betriebe, nach den Daten der aktuellen Konjunkturbefragungen der IHK Hannover, eines der bedeutendsten Themen.



Eine effiziente Verwaltung ist ein wichtiger Standortfaktor.



Wie soll es sein?

Um an einem gemeinsamen Zielbild für einen digitalen Staat zu arbeiten, wird eine ebenenübergreifende Digitalisierungsstrategie für Bund, Länder und Kommunen benötigt. Alle Verwaltungsprozesse sollten digital, einfach, durchgängig, skalierbar, nutzerfreundlich und sicher aufgebaut sein. Die Unternehmen sollten 24/7 in einem Portal ihre dem Staat zur Verfügung gestellten Daten und die entsprechenden Vorgänge einsehen können. Alle Daten und Dokumente, die die Unternehmen zur Nutzung von Verwaltungsleistungen benötigen, sollten (automatisiert) aus verschiedenen Registern abgerufen werden können.

Der in einer Digitalisierungsstrategie festgelegte Reformplan setzt den Rechtsrahmen für ein digitaltaugliches Verwaltungshandeln und würde einen (datenschutz)sicheren Datenaustausch zwischen allen Ebenen und staatlichen Institutionen schaffen.

Was brauchen wir?

- ✔ Eine klare Governance-Struktur mit weitreichenden Kompetenzen auf der Landesebene und an zentraler Stelle kann die Verwaltungsdigitalisierung spürbar vorantreiben. Das würde auch deutlich machen, dass Digitalisierung für die Landespolitik mit einer Priorität versehen ist. Digitalisierung ist Chef(in)sache. Deshalb sollte diese Aufgabe durch ein Ministerium oder eine Staatssekretärin oder einen Staatssekretär (CIO/CDO) an zentraler Stelle wahrgenommen werden.
- ✔ Dazu sollte der IT-Planungsrat auf der Bundesebene zukünftig mit mehr Kompetenzen ausgestattet sein und Mehrheitsentscheidungen fällen können.
- ✔ Damit Unternehmen nur noch einmal ihre Daten dem Staat zur Verfügung stellen müssen, ist nach dem Once-Only-Prinzip die Registermodernisierung voranzutreiben und das entsprechende Gesetz zügig umzusetzen.
- ✔ Die Umsetzung der Digitalisierung darf nicht zum föderalen Flickenteppich werden. Es braucht bundesweit einheitliche und verbindliche Standards und Basiskomponenten. Die digitalen Lösungen, die durch das OZG im „Einer-für-Alle (Efa)“-Prinzip entwickelt wurden, sollten einfacher und verbindlicher von allen Behörden genutzt werden. Das Land Niedersachsen sollte zumindest für die Kommunen im Land Standards vorschreiben, ein gemeinsames Portal mit allen auch kommunalen Leistungen anbieten und die Kommunen stärker finanziell unterstützen.
- ✔ Mithilfe der Digitalisierung soll die öffentliche Beschaffung beschleunigt und vereinfacht werden. Vergabepattformen und -prozesse sollten standardisiert werden. Innovative StartUps, die bisher schwieriger den Zugang zu öffentlichen Aufträgen haben, können so auch zum Zuge kommen.
- ✔ Die Digitalisierung bietet nicht nur die Chance, Leistungen für die Nutzerinnen und Nutzer digital anzubieten, sondern Verwaltungsprozesse insgesamt zu digitalisieren und zu optimieren. Prozesse in den Verwaltungen sollten medienbruchfrei aufgesetzt werden und dadurch weniger fehleranfällig sein. Das Ziel ist eine Ende-zu-Ende Digitalisierung, um Verfahren effizient und schnell abzuwickeln. Automatisierungspotentiale sollten mithilfe der Künstlichen Intelligenz voll ausgeschöpft werden. Um die Bedarfe von Unternehmen als Power-User von Verwaltungsleistungen in den Mittelpunkt zu stellen, sollten sie bei Prozessveränderungen, mit Hilfe von Umfragen oder Digitallaboren, beteiligt werden.
- ✔ Die Open-Data-Angebote des Staates sollten mit dem Ziel der optimalen Nutzung für Verwaltung und Wirtschaft ausgebaut werden. Daten sind das Gold des 21. Jahrhunderts. Bisher ist der staatliche „Datenschatz“ noch recht ungenutzt. Auch hier ist die Künstliche Intelligenz stärker einzusetzen.
- ✔ Mit digitalen Experimentierräumen sollen Innovationen in der Verwaltung ermöglicht werden. Dazu zählt insbesondere der Einsatz der Künstlichen Intelligenz, hierdurch können Prozesse effizienter, schneller und nutzerfreundlicher werden. Durch Räume für Innovationen können in der Verwaltung Erfahrungen gesammelt werden, die dann in ein realistisches Verständnis für notwendige Gesetze ohne Überregulierung führen können.
- ✔ Cyberangriffe sind für die Unternehmen, die Infrastruktur und damit für die wirtschaftliche Stabilität sowie für das Land und die Kommunen eine erhebliche Bedrohung. Die Cyberabwehr des Landes als Dienstleister für Unternehmen und Kommunen muss gestärkt werden. Die Kompetenzen des Landes sind zu bündeln und eine Cyber-Sicherheitsbehörde ist aufzubauen. In Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und den anderen Landesämtern muss eine unabhängige und zentrale IT-Sicherheitsarchitektur aufgebaut werden, die als Dienstleister für die Unternehmen zur Verfügung steht.

Wie fördern wir Innovationen und den Fortschritt unserer Region?

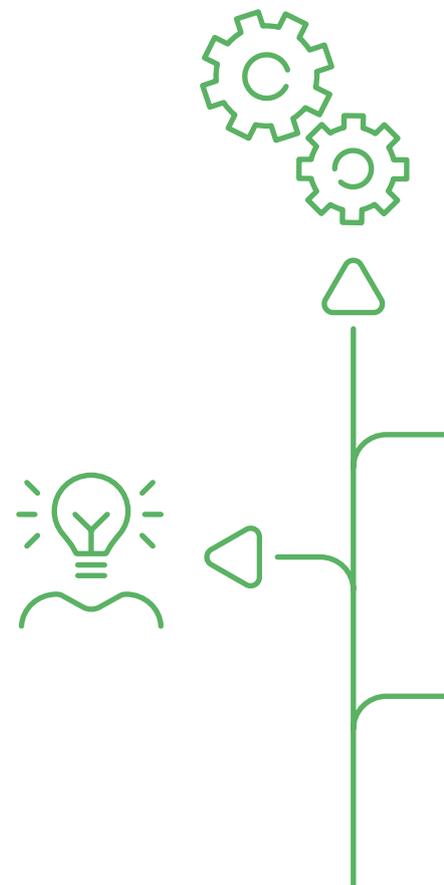
Wie ist es?

Schlechte Rahmenbedingungen und Unsicherheiten hemmen derzeit die Innovationsdynamik in großen Teilen der Wirtschaft. Ein anhaltender Krisenmodus bringt Langzeitpläne, Liefer- und Wertschöpfungsketten durcheinander. Die Sicherung des Kerngeschäfts steht vielerorts im Vordergrund. Diejenigen, die auf Innovationen setzen oder angewiesen sind, verbessern ihre Fähigkeiten in erster Linie durch Qualifizierung und Kooperation.

Im technischen Umfeld werden derzeit Fortschritt und Neuerungen vor allem durch digitale Technologien ausgelöst – wenngleich branchenübergreifend weniger sprunghaft als noch in der Coronapandemie. Hatten 2020 noch fast die Hälfte der Unternehmen vor, stärker als bisher auf digitale Lösungen zu setzen, waren es in der aktuellen IHK-Umfrage unter bundesweit 2.200 Betrieben nur 33 Prozent. Demgegenüber plant ein nicht unerheblicher Anteil wesentlich stärker als zuvor Innovationen im Sinne von Industrie 4.0 in nächster Zeit umzusetzen. Auswertungen von Daten, Vernetzung und Automatisierung von Produktionsprozessen sowie die souveräne, gemeinsame Datennutzung über gesamte Fertigungs- und Lieferketten (Manufacturing-X) haben in der Industrie einen wichtigen Stellenwert. Digitale Geschäftsmodelle in der „Share-Economy“ reklamieren zunehmend einen Teil der Wertschöpfung. Cloud und Edge Computing sowie Blockchain- oder Funk-Technologien spielen dabei eine wichtige Rolle.

Auch die Einbindung von Technologien der Künstlichen Intelligenz ist in der Wirtschaft angekommen – der Anteil der Unternehmen, die darauf setzen oder dies in Zukunft planen, ist signifikant gestiegen. Es ist ein Werkzeug, um Produktivität, Qualität und Kundennutzen zu verbessern.

Auch andere Technologien, wie Life Sciences oder Metaversen mit virtuellen Welten oder Robotik und additive Fertigungsverfahren haben ihre Potenziale. Sie wirken in verschiedene Sektoren hinein und leiten vielerlei Neuerungen ein. In Bezug auf die zunehmende Bedeutung der Elektrifizierung und Elektronik sind bereits heute leistungsfähige Speicherchips und schnellere Verarbeitungssysteme entscheidend. In den Schnittstellen zur Materialtechnik, Molekularbiologie und Nanotechnologie zeichnet sich mit dem Quantenengineering eine neue Schlüsseldisziplin ab, die von der Grundlagenforschung näher an die Anwendung rückt. Unsere Region hat mit einigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen eine solide Basis, um auch eigene Entwicklungen anzustoßen. 2025 soll ein 50-Qubit Quantencomputer auf der Basis von Ionenfallen in Niedersachsen im Betrieb sein. Diese Superrechner sind mit der herkömmlichen Computer-Technologie nicht zu vergleichen und werden diese auch nicht ersetzen. Aufgrund ihrer enormen Leistungsfähigkeit bieten sie völlig neue Möglichkeiten, zum Beispiel für Simulationen von biochemischen, metrologischen oder logistischen Abläufen, neue Ansätze der Verschlüsselung in der IT- und Finanzwirtschaft oder Einsparpotenziale in der Energiewirtschaft. Ein weiterer Innovationstreiber ist der Klimaschutz und die Dekarbonisierung. Energie- und Umwelttechnologien sowie die nachhaltige Kreislaufwirtschaft nehmen weiter an Fahrt auf. Sie stellen die Wirtschaft zwar vor enorme Herausforderungen, bieten aber gleichzeitig neue Chancen und Wachstumspotenziale. Insbesondere, wenn es gelingt, weltweit Vorreiter zu





In den letzten Jahren konnte die niedersächsische Wirtschaft ihren Anteil an den FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt kontinuierlich steigern.

sein. Sogar in der Stahlindustrie und anderen energieintensiven Branchen nehmen klimaneutrale Produkte und Produktionsverfahren mit Null-Emission konkret Gestalt an. Vorausgesetzt, es gibt genügend erneuerbare Energien und „grünen“ Wasserstoff. Grundsätzlich wird der Energiebedarf tendenziell weiter steigen; nicht allein durch die zunehmende Digitalisierung. Die gesetzten Klimaschutzziele sind daher ohne neue Formen der Energieerzeugung und -speicherung sowie entsprechender Infrastruktur und Produktionskapazitäten kaum vorstellbar. Technologieoffene Such- und Umsetzungsprozesse können helfen, die Chancen zur Einhaltung der Klimavorgaben zu erhöhen oder zu deutlichen Verbesserungen zu kommen – dies ist grundsätzlich auf andere Felder übertragbar.



In den letzten Jahren konnte die niedersächsische Wirtschaft ihren Anteil an den FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt kontinuierlich steigern. Unter den weltweit Top-50-Unternehmen mit den weltweit höchsten FuE-Ausgaben sind regelmäßig große Automotive-Unternehmen mit niedersächsischen Wurzeln. Als größter industrieller Wirtschaftszweig und Arbeitgeber, Auftraggeber und Anwender neuer Technologien nimmt die Mobilitätswirtschaft für Niedersachsen eine strukturprägende Rolle ein. Dabei ist sie mit weiten Teilen der mittelständischen Wirtschaft verbunden und auf deren Input angewiesen. Gemeinsam decken sie den größten Teil der privatwirtschaftlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) ab. Damit sind sie der Garant für unseren Fortschritt, sichern damit die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand unserer Gesellschaft.



Wie soll es sein?

Investitionen in eine leistungsfähige Forschungsinfrastruktur, ein modernes Bildungswesen und breitangelegte Innovationsförderung bilden eine wichtige Grundlage für die künftige Entwicklung einer Region. Die staatlichen FuE-Ausgaben waren hierzulande im Bundesvergleich eher unterdurchschnittlich. Damit Niedersachsen mit maroden Rahmenbedingungen nicht zur Innovationsbremse wird, sollte deutlich, kontinuierlich und schnell nachgelegt werden. Ansonsten verliert der Standort gänzlich den Anschluss im internationalen Wettbewerb, da Maßnahmen in der Regel erst zeitlich verzögert wirken. Wenn es zudem keine entscheidenden Durchbrüche für mehr Freiräume, bessere Rahmenbedingungen und Innovationskultur, zum Beispiel durch den Abbau von Bürokratielasten gibt, dürfte Vertrauen in die eigene Stärke und den Standort schwinden.

Technologischer Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und die Beschäftigungssituation werden in Niedersachsen weiterhin eng an die Entwicklung der Automobil- und Mobilitätswirtschaft gekoppelt sein. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren einige Maßnahmen zur Unterstützung von Transformationsprozessen der Branche eingeleitet und umgesetzt. Die Anfang 2020 neugegründete Automotive Agentur Niedersachsen konnte in ihrer Tätigkeit auf diverse Vorarbeiten aufbauen. Darunter der von der IHK Hannover seit über 10 Jahren mitorganisierte Innovationskreis Autozulieferer. Entsprechende Dialogformate und Workshops sollten nun mit hoher Schlagzahl fortgeführt, weitere Maßnahmen angestoßen und koordiniert werden. Die Neuausrichtung des Innovationszentrums zur „Niedersachsen.Next GmbH“, in dem alle Landesinitiativen verankert waren, sollte nicht dazu führen, dass Aktivitäten ausgebremst oder verzögert werden. Die angespannte Lage vieler Zulieferbetriebe muss weiter abgefedert und deren Orientierung auf neue Geschäfts- und Technologiefelder aktiv begleitet werden.

Die Förderung von Start-ups ist mittlerweile ein zentraler Baustein in der Innovations- und Technologiepolitik. Der Aufbau und die Modernisierung von Gründer- und Technologiezentren, geht auf Anregungen der IHK in die richtige Richtung. Künftig werden weniger Strukturhilfen aus Brüssel nach Niedersachsen fließen und nur innerhalb thematisch vorgetzter Felder möglich sein. Das Land sollte mutig genug sein, ergänzend zu diesem Szenario immer wieder eigene Technologie- und Förderschwerpunkte zu setzen. Auch Unternehmen außerhalb von Hochtechnologien und Neueinsteiger ins Innovationsgeschäft müssen in technologieoffenen Förderprogrammen berücksichtigt und unterstützt werden.



Die Wirtschaft braucht eine wachstumsfördernde Innovationskultur.

Vieles startet über Vernetzungen und Transfer, wie das Beispiel „Quantum Valley Lower Saxony (QVLS)“ zeigt. Das Netzwerk mit mehr als 400 Wissenschaftlerinnen und einigen Unternehmen ist gegründet worden, um Expertisen zur Quantentechnologie zu bündeln. Die Region Hannover bringt hier beispielsweise besondere Stärken in der Optik, Photonik und Lasertechnologie ein; Südniedersachsen die Mess-, Sensor- und Regeltechnik sowie Bioverfahrenstechnik. Das wirtschaftliche und wissenschaftliche Knowhow sollte mit Hilfe des Landes weiter ausgebaut werden. Mit gezielten Investitionen, dem Drang zur nächsten Entwicklungsstufe, der Beherrschung von Logistik und Genehmigungsverfahren sowie der Produktion von Sonderlösungen und Automatisierungen, könnten Alleinstellungsmerkmale im globalen Wettbewerb erzielt werden.

Manche Unternehmen müssen an neue Technologien und Möglichkeiten herangeführt werden. Unternehmen mit einem weniger ausdifferenzierten Portfolio stehen unter Druck, ihre Strategie und Positionierung zu hinterfragen. Nicht jeder Versuch zur Diversifikation und zum Aufbau neuer sitzt auf Anhieb. Unternehmen brauchen finanzielle Spiel- und Freiräume sowie Zeit, um neue Geschäftsfelder und Technologien bespielen zu können. Mit ihrer Innovationsberatungsstelle gibt die IHK hilfreiche Tipps zu Projektvorhaben und flankiert weitere Unterstützungsmaßnahmen im Technologie- und Wissenstransfer.

Was brauchen wir?

- ✔ Es sind dringend politische Signale nötig – auch auf Landesebene, die den Wirtschaftsstandort stärken. Es braucht eine Aufbruchstimmung, die mehr Freiheiten zulässt und Unternehmen wieder Lust auf Forschung und Innovation macht.
- ✔ Die Wirtschaft braucht eine wachstumsfördernde Innovationskultur. Die Unterstützung von Politik, Medien, Schulen und Universitäten ist nötig, um die Aufgeschlossenheit gegenüber technologischem Fortschritt bei allen Altersgruppen zu fördern.
- ✔ Das Land sollte hervorheben, dass insbesondere die Industrie und viele mittelständische Produktionsbetriebe maßgeblich Innovationen vorantreiben. Deren Bedeutung und Akzeptanz sollte betont werden und damit verbundene Chancen am Standort und für die Gesellschaft herausgestellt werden.
- ✔ Das Land muss weiter den Strukturwandel in der Automobilwirtschaft aktiv begleiten. Eine Standortkampagne kann Vorteile, Stärken und Entwicklungsschritte bei der Transformation aufzeigen.
- ✔ Mit Investitionen in die Forschung, Bildung und Infrastruktur bleibt der Standort für potenzielle Investoren, Ansiedlungsprojekte und Fachkräfte attraktiv. Die Beiträge des Landes zu den FuE-Ausgaben sollten kontinuierlich und deutlicher steigen.
- ✔ Eine investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik sollte zu einem Innovationsschub vor allem im Mittelstand führen und stärker auf marktwirtschaftliche Anreize für Investitionen, Unternehmertum und Innovation setzen.
- ✔ Wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale können mit gezielten Investitionen weiter ausgebaut werden. Es gibt vielen Technologien, die branchenübergreifende Strahlkraft haben und zu Innovationssprüngen führen. Im Förder-Mix sollte es ergänzend technologieoffene Ansätze geben.
- ✔ Manche Rahmenbedingungen sind nicht mehr ausgewogen und sollten neu ausbalanciert werden. Staatliche Eingriffe in Unternehmen und Märkte sollten kritisch überprüft werden. Regularien und Auflagen sind dort sinnvoll, wo Sicherheitsrisiken besonders erhöht sind.
- ✔ Vieles geht über Vernetzung und Transfer: Der Ansatz offener Reallabore sollte verstärkt flächendeckend in die niedersächsische Förderlandschaft einfließen. Qualifizierte Lotsen sollten den Transfer vor allem im ländlichen Raum verbessern und über Anwendungs- und Einsatzmöglichkeiten neuer Technologien umsetzungsorientiert informieren.

Wie stärken wir ländliche Räume in der Region?

Wie es ist?

Der IHK-Bezirk Hannover ist strukturell sehr heterogen geprägt. Neben den großen Städten Hannover, Göttingen und Hildesheim prägt der ländliche Raum die Struktur der Region. Gerade auch nach der Corona-Krise hat der ländliche Raum noch einmal einen neuen Stellenwert eingenommen: Als Ort zum Leben und zum Arbeiten. Die Stärkung der Standortkriterien im ländlichen Raum muss daher weiter fortgesetzt werden, um gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse zwischen Stadt und Land zu schaffen.

Wie soll es sein?

Der ländliche Raum sollte stärker als Wirtschaftsstandort wahrgenommen werden. Insgesamt kommt es auch für die ländlichen Räume darauf an, dass die Qualitäten bei den sogenannten harten und weichen Standortfaktoren von der Wirtschaft, aber auch der Bevölkerung positiv bewertet werden.

Ein wichtiger Standortfaktor ist die Erreichbarkeit von Mittelzentren und aber auch kleinerer Ortschaften – sei es dem Wohnraum oder dem Arbeitsort. Der Erhalt von Straßen- und Schieneninfrastruktur ist ebenso wichtig wie die Evaluierung, ob vorhandene Verkehrswege ausreichen, Verkehre der Zukunft aufzunehmen. Eingleisige Bahnstrecken können etwa nur mit Einschränkungen den sich wandelnden Bedarfen von Güterverkehr und ÖPNV gerecht werden. Dasselbe gilt für die Wasserwege.

Auch die Energieinfrastruktur spielt eine wichtige Rolle für die Ansiedlung von Unternehmen. So ist der Ausbau von Wasserstoffpipelines, insbesondere auch von Verteilnetzen, für energieintensive Unternehmen im ländlichen Raum entscheidend.

In den Bereich der Infrastruktur fällt auch der Netzausbau: Grundvoraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft mit digitalen Geschäftsmodellen, vernetztem Arbeiten, autonomem Fahren, Fernwartung, Nutzung von cloudbasierten Daten, Smart Cities und Regionen sowie New Work mit mobilem Arbeiten und vielem mehr ist eine flächendeckende Versorgung mit Glasfaser und Mobilfunk im 5G Standard.

Auch weiche Standortfaktoren kommen im ländlichen Raum teilweise stärker zum Tragen als in städtischen Ballungsgebieten. So spielt die angemessene medizinische Versorgung eine wichtige Rolle und kann über den Zuzug von Fach- und Arbeitskräften an einen Ort entscheiden.

Eine ähnlich wichtige Rolle nimmt die Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum ein. Eine wohnortnahe Beschulung und ein ausreichendes Angebot an Schulklassen stellen die Ausbildung unserer Fachkräfte von morgen sicher.

Die Region Göttingen und Südniedersachsen hat sich mit den Branchen Biotechnologie, Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik zu einem führenden Life Science Standort entwickelt. Um den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft/Forschung und der Wirtschaft weiter zu stärken und attraktiver für StartUps, Investoren und Fachkräfte zu werden, muss





Um Wirtschaftsunternehmen Raum für eine Weiterentwicklung zu geben, müssen hierfür Flächen geschaffen werden.

das Ökosystem weiter gestärkt werden. Die Strategie „Life Science Valley Niedersachsen“ des Landes und der Region soll dazu beitragen, die Akteure noch stärker miteinander zu verzahnen und auch andere Regionen – national und international – von der Entwicklung profitieren zu lassen.

Schlussendlich braucht Wirtschaft Raum. Notwendige Flächen sollten auch über Kommunal- und Landesgrenzen hinaus identifiziert, geschaffen und mit einem überregionalem Standortmarketing untermauert werden. Das gilt auch für Flächen, die dem Rohstoffabbau dienen.

Was brauchen wir?

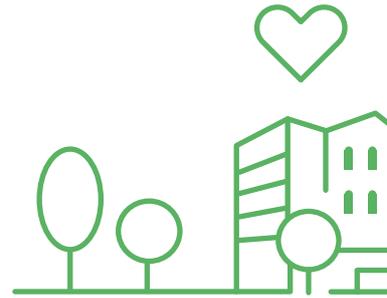
- ✔ Der Erhalt von Straßen- und Schieneninfrastruktur muss oberste Priorität erhalten. Ein Ausbau von Infrastruktur, etwa der B6 oder dem Mittellandkanal, der sich auf neue Anforderungen einstellt, bleibt zudem eine Aufgabe.
- ✔ Die Energie muss auch in Zukunft bei den Unternehmen ankommen. Im Rahmen des Hochlaufs der Wasserstoffwirtschaft ist ein Ausbau von Pipeline- und Verteilnetzen mitzudenken, insbesondere an Standorten im ländlichen Raum mit energieintensiven Industrieunternehmen.
- ✔ Schnelle Schaffung einer ausreichenden Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur für Unternehmensstandorte, Gewerbegebiete und Verkehrswege. Grundsätzlich sollte der Ausbau der Netze privatwirtschaftlich erfolgen. Auch hierfür sollte das Land bzw. die Kommunen eine koordinierende Stelle einnehmen. Nur wenn der notwendige Ausbau im freien Wettbewerb nicht möglich ist, sollte dies mit Unterstützung von staatlichen Fördermitteln geschehen. Das Land ist gefordert, seinen Anteil beim Breitbandausbau von mindestens 25 % der Fördermittel mittel- und langfristig verlässlich bereitzustellen, damit keine Bundesmittel verfallen und Kommunen Planungssicherheit haben. Auch Funklöcher sollten, falls kein privater Ausbau möglich ist, mithilfe von Fördermitteln des Landes beseitigt werden. Die Genehmigungsverfahren für den Glasfaser- und Mobilfunkausbau sollten ausschließlich digital erfolgen und deutlich beschleunigt werden.
- ✔ Wohnortnahe Berufsschulangebote bleiben auch in Zukunft ein wichtiger Baustein bei der Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften. Für potenzielle Azubis ist die Nähe zu Betrieb und Schule eines der wichtigsten Kriterien bei der Wahl des Ausbildungsplatzes. Gesichert werden können diese durch kleinere Klassen, die Nutzung digitaler Unterrichtsangebote sowie von Online-Kooperationen mit Kompetenzzentren. Die Potenziale dieser Instrumente werden aktuell noch viel zu wenig genutzt. Zudem sind offene Leitungsstellen zügig zu besetzen und Besetzungsverfahren zu überprüfen.
- ✔ Um Wirtschaftsunternehmen Raum für eine Weiterentwicklung zu geben oder neue Unternehmen für die Region zu gewinnen, müssen Flächen hierfür geschaffen werden. Dies muss auch über Gemeinde-, Kreis- und sogar Landesgrenzen, etwa zum Bundesland Bremen, möglich sein.
- ✔ Die Vermarktung einer Region ist eine gemeinsame Aufgabe und bedarf gegenseitigem Vertrauen und verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit.
- ✔ Durch raumplanerische Maßnahmen, langfristige Planungssicherheit für den Abbau von Rohstoffvorkommen schaffen. Die Gewinnung heimischer Rohstoffe, etwa von Gips, Schotter und Kalk im Harz ist ein wichtiger Baustein zur Versorgung mit heimischen Rohstoffen.

Wie sehen die Innenstädte der Zukunft aus?

Wie ist es?

Die Innenstädte und Ortskerne unterliegen gegenwärtig einem sehr starken Wandel. Die Nutzungsstruktur verändert sich, die Kundenfrequenzen nehmen ab. Die Treiber für diese Entwicklung sind insbesondere die fortschreitende Digitalisierung, das sich auch in Folge dessen verändernde Kundenverhalten, die demografische Entwicklung sowie der immer deutlicher zu spürende Klimawandel – verbunden mit dem damit einhergehenden Bedeutungsgewinn von Nachhaltigkeitsaspekten.

Der stationäre Handel ist nach wie vor entscheidend für die Attraktivität der Zentren – auch wenn seine Bedeutung für den Innenstadtbesuch je nach Alter der Kundinnen und Kunden durchaus deutlich differiert. Diese grundsätzlich gegebene Attraktivität schwindet jedoch, wenn Einkaufsstraßen mit dem Rückzug inhabergeführter Betriebe immer unformer werden, unattraktivere Folgenutzungen erhalten oder aber zunehmend Leerstände aufweisen. Und durch strukturelle, geballt auftretende Leerstände oder Trading-Down-Effekte, die ihre Ursachen auch in Frequenzverlusten an den Onlinehandel oder an die „Grüne Wiese“ haben, kann sogar die gesamte City irreversibel Schaden nehmen.



Besucherinnen und Besuchern von Zentren ist es wichtig, dass sie dort hohe Aufenthaltsqualität vorfinden.



Für Besucherinnen und Besucher von Zentren ist es wichtig, dass sie dort eine hohe Aufenthaltsqualität vorfinden. Diese kann beispielsweise durch Hitzewellen oder Starkregenereignisse in Folge des Klimawandels massiv beeinträchtigt werden. Aber auch objektiv fehlende oder auch nur subjektiv gefühlt unzureichende Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit können von einem Citybesuch abhalten – und das gilt nicht nur für soziale Brennpunkte wie z. B. häufig im Umfeld der Bahnhöfe.

Viele Kundinnen und Kunden kaufen sowohl stationär als auch online ein. Dies gilt insbesondere für Kernsortimente der Zentren wie Bekleidung, Textilien und Schuhe, in denen der Onlinehandel bereits Marktanteile nahe der 50 Prozent realisiert. Daher erwarten sie im Ladenlokal zunehmend mehr als nur Ware, nämlich ein „Erlebnis-Shopping“ als Kontrapunkt zum virtuellen Einkauf.

Für den Besuch der Zentren spielt deren bequeme Erreichbarkeit eine große Rolle. Während in den Ballungsräumen bzw. größeren Städten überwiegend der ÖPNV und das Fahrrad genutzt werden, spielt in der Fläche das Auto eine zentrale Rolle. Dabei ist zu bedenken, dass die Innenstädte und Ortskerne abhängig von Größe, raumordnerischer Funktion und Angebotsausstattung in unterschiedlichem Ausmaß in ihr Umland ausstrahlen.

Wie soll es sein?

Der stationäre Handel wird auch künftig eine zentrale Rolle für lebendige Innenstädte und Ortskerne spielen. Allerdings sollte intensiver als bislang die multifunktionale Wohn-, Arbeits-, Bildungs-, Versorgungs- und Erlebnisstadt als Leitbild dienen. Eine vitale City ist für die eigenen Einwohnerinnen und Einwohner sowie Kundinnen und Kunden (auch) aus dem Umland von großer Bedeutung. Darüber hinaus kann sie auch bei der Standortentscheidung potenzieller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von lokalen Arbeitgebern eine wesentliche Rolle spielen und damit einen wichtigen Beitrag zur Abmilderung des Fach- und Arbeitskräftemangels leisten.

Die Zentren sollten als smarter Raum weiterentwickelt werden, in dem Erlebnisse in der realen und in der virtuellen Welt Hand in Hand gehen können, und zwar sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum. Dabei sollte es stets darum gehen, den realen Raum durch Digitalisierung zu stärken.

Die Innenstädte, aber auch der Einzelhandel, sollten die vielfach bereits begonnenen Maßnahmen zur Digitalisierung weiter ausbauen. Informationen zur verlässlichen Produkt- und Serviceverfügbarkeit sollten den Kundinnen und Kunden anbieterübergreifend über digitale Kanäle bereitgestellt werden. Außerdem sollte der stationäre Handel seine Stärken nutzen und mit exzellenter Beratung und mit kundenorientierten Services Einkaufserlebnisse bieten, die das Internet nicht leisten kann.

Für die Innenstädte und Ortszentren sollte die ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit gleichermaßen im Fokus stehen. Dabei sollten hinsichtlich des Klimawandels neben Verkehrsfragen auch Begrünung, Beschattung, Entsiegelung, Temperaturabsenkung und Wasserspeicherung etc. beachtet werden.

Die Inszenierung und Emotionalisierung des Zentrums sollte insbesondere durch eine facettenreiche, zielgruppenorientierte Infrastruktur mit Spielplätzen, Sitzgelegenheiten, aber auch mit gestalterischen Höhepunkten und hochwertigen und frequenzwirksamen Veranstaltungsformaten erfolgen.

Im öffentlichen Raum sollten überall und zu jeder Tages- und Nachtzeit Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit selbstverständlich sein, um einen entspannten Citybesuch zu ermöglichen.



Die Erreichbarkeit der Innenstadt sollte sowohl für den Personenverkehr als auch den Wirtschafts- und Lieferverkehr über alle Verkehrsträger sichergestellt werden. Ideologisch besetzte Begrifflichkeiten sollten im Kontext der Entwicklung eines multimodalen und intelligenten Erreichbarkeitskonzeptes inklusive Lösungen für die „letzte Meile“ vermieden werden, um eine unnötige Polarisierung und Blockierung zu vermeiden.

Die Kommunalpolitik und -verwaltung sollten die Auswirkungen außerhalb der Zentren gelegener großflächiger Einzelhandelsvorhaben auf die Funktionsfähigkeit der Innenstadt sorgfältig prüfen.

Die Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer spielen eine zentrale Rolle für die künftige Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Innenstädte und Ortskerne mit Blick auf die Nutzungsstruktur, adressierbare Zielgruppen und entwicklungsfähige Attraktivitätspotenziale. Deswegen sollten sie insbesondere mit Blick auf eine abgestimmte Entwicklung einzelner Quartiere durch intensive Kommunikation und konkrete Unterstützungsmaßnahmen bei der Nachbesetzung von Leerständen in diesen Transformationsprozess einbezogen werden.

Was brauchen wir?

- ☑ Kommunale Einzelhandelskonzepte und Innenstadt- bzw. Ortskernentwicklungskonzepte sollten verstärkt eingesetzt werden, um die baurechtlich besonders schützenswerten Ortskerne und andere Einkaufslagen strategisch zu entwickeln. In mehr als der Hälfte aller niedersächsischen Kommunen gibt es dieses jedoch nicht, oder nur in veralteter Form. Die IHK Hannover ist gern bereit, als Trägerin öffentlicher Belange (TöB) die Erstellung von kommunalen Einzelhandelskonzepten in Lenkungsgruppen oder mit qualifizierten Stellungnahmen aktiv zu begleiten.
- ☑ Business Improvement Districts (BIDs) sind grundsätzlich geeignet, Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer, Unternehmen, Standortgemeinschaften und Kommunen zu gemeinsamen Aktivitäten – „on top“ zu kommunalen Investitionen und Leistungen – zu veranlassen. Die IHK Hannover bietet gern ihre Unterstützung an, weitere (Pilot-)Projekte auf Basis des Niedersächsischen Quartiersgesetzes (NQG) zu realisieren, sofern dieses nach aktueller Rechtsprechung erfolgversprechend ist.
- ☑ Unternehmen und Standortgemeinschaften sollten durch niedrigschwellige Förderprogramme für Investitionen und Beratung bei ihren Digitalisierungsvorhaben unterstützt werden. Die IHK Hannover unterstützt u. a. durch eine Fördermittelberatung.
- ☑ Die Unternehmensnachfolge ist für viele inhabergeführte (Handels-)Unternehmen schwierig, da es viel zu wenige potenzielle Nachfolgende gibt. Die IHK Hannover hilft bei der Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten und berät im Nachfolgeprozess.
- ☑ Verkehrskonzepte sollten beachten, dass die Lebendigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Zentren maßgeblich von ihrer bequemen Erreichbarkeit sowohl für die eigenen Einwohnerinnen und Einwohner als auch für die Bewohnerinnen und Bewohner des Umlandes abhängen. Restriktive Anpassungsmaßnahmen beispielsweise bei Durchfahrts- oder Parkmöglichkeiten sollten nur auf Basis transparenter Begründungen erfolgen. Zudem sollten sie nach Möglichkeit mit nachvollziehbaren Vorteilen für die Innenstadt-Unternehmen verbunden sein. Die IHK Hannover steht gern für Gespräche zur Verfügung, die einem fairen Interessenausgleich dienen.
- ☑ Mit verkaufsoffenen Sonntagen lässt sich die Vitalität von Zentren betonen und fördern. Die IHK Hannover unterstützt das Land im Zusammenspiel mit der IHK Niedersachsen bei der Suche nach einer rechtssicheren und unbürokratischen Lösung, damit Shoppingsonntage wieder verstärkt genutzt werden können.
- ☑ Das häufig ehrenamtliche Engagement von Standort- und Werbegemeinschaften sollte eng mit dem Stadt- und Regionalmarketing und dem Quartiersmanagement verzahnt werden. Mit dem IHK-Forum Stadtmarketing und dem IHK-Zertifikatslehrgang City- und Quartiersmanager(in) unterstützt die IHK Hannover bei der Professionalisierung dieser wichtigen Aufgaben.

Wie können wir den Wissens- und Technologietransfer weiter verbessern?

Wie ist es?

Forschung und Lehre sind feste und bekannte Säulen der Wissenschaft. Zunehmend kommt zusätzlich dem Wissens- und Technologietransfer eine tragende Rolle zu. Themen, wie Ausgründungen, Projekte mit der Wirtschaft und Patentlizenzierungen sind mittlerweile auch in der niedersächsischen Hochschullandschaft keine Seltenheit mehr und strategisch verankert.

In einem volatilen Marktumfeld mit vielen und gleichzeitig ablaufenden Transformationsprozessen, sind Unternehmen verstärkt auf Partner angewiesen und suchen geeignete Kooperationen. Zur Verbesserung ihrer Innovationsfähigkeiten binden Unternehmen am Standort vor allem Kunden, Lieferanten und anderen Unternehmen ein, wollen aber noch stärker als zuvor wissenschaftliche Institutionen einbinden.

Das Fehlen geeigneter Kooperationspartner aus der Wissenschaft vor Ort und mangelnder Transparenz über Kooperationsmöglichkeiten mit Forschungseinrichtungen, haben im Vergleich zur IHK-Befragung vor zwei Jahren zwar leicht zugenommen, werden im Vergleich zu anderen staatlichen Rahmenbedingungen, wie Bürokratielasten oder Fachkräftemangel, als geringeres Übel im Innovationsprozess bewertet. Im Vergleich zu anderen Standortfaktoren wird deutlich, dass die Betriebe mit der Vernetzung von Forschung und Wirtschaft durchaus konstant über die letzten Jahre zufrieden sind und sie aktuell mit der Note 2,9 sogar am besten bewerten. Unternehmen im Fahrzeugbau oder in der Chemie- und Pharmasperte schätzen die Vernetzung mit der Wissenschaft sogar deutlich positiver ein. Es handelt sich um Branchen mit größeren Unternehmen, die mit einer hohen Intensität ihre Kompetenzen in der Forschung und Entwicklung (FuE) ausbauen wollen und ausreichend Ressourcen bereitstellen können. Sie sind als Kooperationspartner für die Hochschulen von besonderem Interesse.

Während international agierende Unternehmen wie auch deutsche Dax-Konzerne ihre Wettbewerbsfähigkeit mit deutlich erhöhten FuE-Aufwendungen stärken und mit den schwierigen Rahmenbedingungen offensichtlich besser zurecht kommen, deuten IHK-Auswertungen darauf hin, dass Innovationsaktivitäten in der Breite der Wirtschaft nachgelassen haben. Insbesondere mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum fällt es deutlich schwerer ihre Vorhaben umzusetzen. Insbesondere sinkt die Kooperationsbereitschaft, wenn es sich um Neueinsteiger ins Innovationsgeschäft oder kleine, junge Unternehmen handelt, deren Kapazitäten und Organisation nicht für abstimmungsintensive Projekte ausgelegt sind.

Wie soll es sein?

Grundsätzlich sind die Transfer- und Netzwerkstrukturen in Niedersachsen aus Sicht der Wirtschaft auf einem guten Weg. In der Innovations- und Technologiepolitik sind entsprechende Ziele gesetzt. Das Angebot ist breitgefächert und vielfältig.





Je mehr innovative Akteure in einer Region zusammenkommen, umso eher verstärken sich positive Effekte für Wirtschaft, Hochschulen und Fachkräfte.

Allerdings sollten die Angebote besser in die „Fläche“ getragen und künftig übergreifender koordiniert werden. Vieles ist noch zu verwaltungsorientiert statt serviceorientiert. Auch kleine, junge und unerfahrene Unternehmen, insbesondere mit Sitz in ländlichen Räumen, müssen stärker vom Technologie- und Wissenstransfer profitieren können und an die Hand genommen werden. Damit Hemmschwellen weiter abgebaut, Probleme bei der Kontaktvermittlung und Planung und Durchführung von Projekten vermieden werden, sind feste Ansprechpartner wichtig, die die Sprache der Wirtschaft verstehen. Die Qualität von Aufschlussbegleitungen ist regional recht unterschiedlich ausgeprägt. Transfer- und Netzwerkstellen brauchen entsprechende Kompetenzen und Ressourcen. Inwieweit die Neuausrichtung des Innovationszentrums zur Agentur „Niedersachsen.Next“ dabei helfen und weiter ausgestaltet werden kann, sollte unter stärkerer Beteiligung des Innovationsnetzwerks Niedersachsen geklärt werden.

Noch sind jedem zweiten Unternehmen Förderprogramme und Zugangsmöglichkeiten zu kompliziert und jedem dritten Unternehmen dauern die Förderentscheidungen zu lang. Land und Bund sollten hier nachbessern: Neben der Bereitstellung ausreichender Mittel sollten über den Stand verfügbarer Fördermittel und über aktuelle Bearbeitungszeiten auf den Webseiten informiert und damit die Transparenz bei Fördermöglichkeiten erhöht, die finanzielle Abwicklung vereinfacht, harmonisiert und beschleunigt werden (z. B. vorzeitigen Maßnahmenbeginn ermöglichen).

Je mehr innovative Akteure in einer Region zusammenkommen, desto höher ist der gegenseitige Nutzen und umso eher verstärken sich positive Effekte für Wirtschaft, Hochschulen und Fachkräfte. Eine leistungsfähige Forschungsinfrastruktur kann dabei ein wichtiger Treiber für Innovationen und Technologiesprünge sein. Mit Blick auf staatliche Investitionen im Umfeld von Forschung und Wissenschaft sollte Niedersachsen nachlegen, wenn man weiterhin zumindest auf nationaler Ebene als Standort wahrgenommen werden will. Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegt das Land bereits weit hinter der Spitzengruppe und bei der Betrachtung der anteiligen FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt unter dem Bundesdurchschnitt. Ohne eine schnelle Umsetzung von dringend nötigen Modernisierungen, nicht nur von Gebäuden, Hörsälen und Laboren, droht das Land den Anschluss zu verlieren. Ohne weitere Schritte, wie die Profilbildung wissenschaftlicher

Exzellenz oder schnelle Umsetzung angestoßener Konzepte, wie „Life Science Valley“, wird man im globalen Wettbewerb um „Köpfe“ immer weniger renommierte Wissenschaftler und Studierenden anlocken.

Vor allem sollten branchen- und technologieübergreifende Schlüsseldisziplinen, wie digitale Technologien und Services verstärkt adressiert werden, die im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld für aktuelle und künftige Innovationen zentrale Bausteine sind. In der Informatik liegt Niedersachsen zum Beispiel bei den Absolventenzahlen nur im unteren Mittelfeld. Auch die Gründungsneigung in der Schnittstelle IT, Verkehr, Mobilitätsdienste und Konnektivität ist im „Autoland“ Niedersachsen eher unterdurchschnittlich. Die vom Bund geförderten Verbundprojekte, Digital Innovation Hub für KI und Cybersicherheit (DAISEC) und das Mittelstand-Digital Zentrum Hannover (MDZH) werden in 2 bis 3 Jahren auslaufen. Das Land sollte daher frühzeitig eine eigene institutionelle Fortführung absichern oder ergänzend andere Wissenschaftsgesellschaften im IT-Umfeld von einer Ansiedlung überzeugen.

Der Ansatz, Fördertöpfe direkt an Institute anzudocken hat sich bewährt. Es ist ein gutes Beispiel, wie technisches Know-how aus wissenschaftlichen Einrichtungen in erfolgreiche Netzwerkarbeit übertragen werden kann. In offenen Denk- und Experimentierräumen ohne große Antragsstellung der Unternehmen schnell in den Transfer zu kommen, sollte in der niedersächsischen Förder- und Transferlandschaft weiter ausgebaut werden und auch in andere Technologiebereiche einfließen. Mit Hilfe der Erfahrung und Expertise der IHK können solche Angebote inhaltlich weiter profiliert und in Regionen mit weißen Flecken getragen und einem breiteren Unternehmensumfeld zugänglich gemacht werden. Kooperationen sind von strategischer Bedeutung. Mit ihrer langjährigen Erfahrung unterstützt die IHK-Innovationsberatung mit vertraulichen Tipps und bietet eine Orientierungshilfe in allen Phasen. Sie bereitet Technologieinformationen und -angebote verständlich auf, zeigt gute Praxisbeispiele in Instituts- und Besuchsprogrammen und begleitet Transferinitiativen.

Was brauchen wir?

- ✔ Damit Niedersachsen ein moderner Innovationsstandort bleibt und auch künftig im internationalen Wettbewerb wahrgenommen werden kann, müssen ausreichende Mittel für Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft über Legislaturperioden hinweg bereitgestellt und zügig umgesetzt werden.
- ✔ Unterstützungsangebote müssen weiter mit den Bedarfen und Erwartungen der Unternehmen verzahnt, die Transparenz weiter erhöht und in Regionen mit „weißen Flecken“ getragen werden. Entsprechende Ressourcen sind langfristig abzusichern.
- ✔ Insbesondere kleine Unternehmen mit Sitz in ländlichen Räumen und „Neueinsteiger“ – auch außerhalb von Hochtechnologiebereichen sollten stärker vom Technologie- und Wissenstransfer profitieren und an die Hand genommen werden.
- ✔ Informations- und Kommunikationssysteme können die Prozesse unterstützen, erledigen den Transfer aber nicht allein. Unternehmen brauchen erfahrene Vermittler.
- ✔ Förderinstrumente und entsprechende Zugangsmöglichkeiten sollten noch mehr nach dem Motto „Keep it short and simple“ gestaltet sein. Der Ansatz offene Fördertöpfe direkt an Institute anzulegen, sollte verstärkt in die Förderlandschaft einfließen und sollte in technologie- und wirtschaftsrelevanten Bereichen möglich sein.
- ✔ Die eingeschlagenen Wege der Innovations- und Technologiepolitik müssen konsequent und mit langem Atem umgesetzt werden. Prozesse sowie Förderstrukturen im Wissens- und Technologietransfer sollten aber weiter professionalisiert und die Neuausrichtung der Landesgesellschaft „Niedersachsen.Next“ zügig gestaltet werden.
- ✔ Das Innovationsnetzwerk Niedersachsen sollte zur weiteren Ausgestaltung frühzeitig in Planungen eingebunden und beteiligt werden. Bestehende Transferstellen und Innovationsförderer sollten als Erstansprechpartner in ihrer Vermittlerrolle weiter gestärkt und die Qualität der Aufschlussberatung sichergestellt werden.

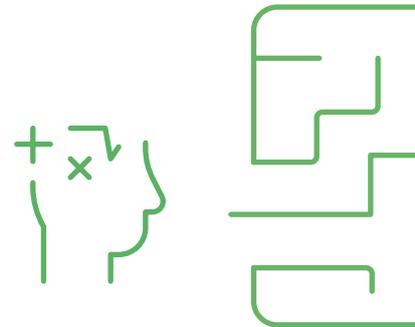
Wie können wir zur Fachkräftesicherung mit zeitgemäßer attraktiver beruflicher Bildung beitragen?

Wie es ist?

Fachkräftesicherung stellt für die Wirtschaft weiterhin eine bedeutende Herausforderung dar, trotz konjunktureller Schwankungen. Laut DIHK-Fachkräftereport 2023/2024 kann jedes zweite Unternehmen nicht alle seine offenen Stellen besetzen, weil es keine Arbeitskräfte findet. 55 Prozent dieser Betriebe suchen dabei Fachkräfte mit dualer Berufsausbildung.

In der dualen Ausbildung stehen wir vor multiplen Herausforderungen:

- Die berufliche Orientierung der jungen Menschen hat zur Corona-Zeit stark gelitten. Die Auswirkungen zeigen sich jetzt.
- Gemäß aktueller Bertelsmann-Studie vermissen insbesondere Abiturienten Unterstützung bei der Berufsorientierung.
- Die Heterogenität der Gesellschaft hat zugenommen.
- Das hohe Ansehen von akademischer und beruflicher Bildung hat in Deutschland über Jahrzehnte die Wirtschaft gestärkt und gleichzeitig die Jugendarbeitslosigkeit auf einem niedrigen Niveau gehalten. Diese Augenhöhe der unterschiedlichen Karrierewege gilt es zu stärken.
- Die Ausbildungsstartkompetenz junger Menschen hat nachgelassen. Bei der aktuellen IHK-Ausbildungsumfrage gaben rund vierzig Prozent der Unternehmen im Bereich der IHK Hannover an, dass sie ihren Azubis Nachhilfe anbieten.



Die berufliche Orientierung der Jugendlichen sowie das Matching im Ausbildungsbereich sollten optimiert werden.



- Durch die Transformation (verursacht insbesondere durch Digitalisierung und Energiewende) werden andere Qualifikationen und Kompetenzen („Future Skills“) und damit auch neue sowie angepasste Angebote in Aus- und Weiterbildung notwendig. Auch die Bedeutung des MINT-Bereichs (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) nimmt weiter zu.
- Der Ausbildungsmarkt hat sich an vielen Stellen zu einem Bewerbermarkt entwickelt. Dies gilt insbesondere für industriell-technische Ausbildungsberufe. Der Ausbildungsstatistik der Agentur für Arbeit zufolge kamen im Juni 2024 in Niedersachsen auf 100 offene Ausbildungsstellen nur 70 Bewerberinnen und Bewerber.
- Trotz dieser Situation droht durch die Einführung der Ausbildungsgarantie der Aufbau von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen.

Wie soll es sein?

Die berufliche Orientierung der Jugendlichen sowie das Matching im Ausbildungsbereich sollten optimiert werden. Strukturierte Berufsorientierung in allen Schulformen kann auf der Bewerberseite dazu beitragen, die duale Ausbildung bekannter zu machen, Marktchancen zu vermitteln und bestimmte Ausbildungsberufe sowie die dafür notwendigen Kompetenzen und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dies muss in den Rahmenbedingungen für alle Schulformen verbindlich festgeschrieben sein.

Die duale Ausbildung muss als gleichwertiger Karriereweg zeitgemäß und attraktiv für junge Menschen bleiben und gleichzeitig die Bedarfe der Unternehmen erfüllen. Das ist sowohl in Bezug auf eine Aktualisierung der Inhalte zu sehen als auch auf die Lehr- und Lernmethoden und die dazugehörigen Rahmenbedingungen. Ausbildungsordnungen müssen weiterhin an die sich wandelnden Anforderungen angepasst und aktualisiert werden. Hier wurden seit 2011 knapp 150 Berufe modernisiert und zusätzlich neue Ausbildungsberufe wie beispielsweise Gestalter/in für immersive Medien geschaffen. Die Modernisierung der Ausbildungsordnung muss rasch in der betrieblichen Praxis ankommen.

Weitere Attraktivitäts-Faktoren für Ausbildung sind ausreichende qualifizierte personelle Ressourcen und eine zeitgemäße technische Ausstattung der berufsbildenden Schulen. Nur dies führt zu einer zuverlässigen, modernen und flächendeckenden Unterrichtsversorgung.

Ein entscheidender Faktor bei der Wahl des Ausbildungsbetriebes und -berufs ist die Nähe zum Wohnort. Deshalb sind gute Erreichbarkeit und Anbindung der Berufsschulen sowie ausreichende Mobilitätsangebote ebenso förderlich wie eine durch hybride Lernangebote gesicherte wohnortnahe Beschulung.

Nicht zuletzt aufgrund der digitalen Transformation nimmt Weiterbildung eine wichtige Rolle ein. Entsprechende Angebote müssen auf die geänderten Bedürfnisse und Rahmenbedingungen eingehen, flexibel angepasst und gefördert werden. Dies gilt auf der einen Seite für die Formate und auf der anderen Seite für die angebotenen Themen.

Auch Fachkräfte mit Fortbildungsabschluss werden von den Unternehmen benötigt. Daher sollte die Weiterbildungsprämie, mit der Absolventinnen und Absolventen der Industrie- oder Fachmeisterprüfung im gewerblich-technischen sowie land-, forst- und hauswirtschaftlichen Bereich gefördert werden, weiter fortgesetzt, auf andere IHK-Fortbildungsabschlüsse wie Fachwirte ausgeweitet sowie auf das Niveau der Prämie für Handwerksmeister angehoben werden.

Was brauchen wir?

☑ Derzeit wird ein neuer Erlass zur Berufsorientierung vom Kultusministerium erarbeitet, in dessen Erstellung sich die IHK Hannover intensiv einbringt. Dieser sollte praxisorientiert ausgestaltet und unter Berücksichtigung der Hinweise der Partner zügig umgesetzt werden. Dazu gehört auch, die Bedeutung der dualen Berufsausbildung für die Zukunftsfähigkeit des Landes und die Chancen von beruflich Qualifizierten hervorzuheben sowie die berufliche Ausbildung und das akademische Hochschulstudium als gleichwertige Karrierepfade darzustellen. Auch ausreichend Zeit und Ressourcen für die berufliche Orientierung sind unumgänglich. Die Rolle der berufsbildenden Schulen im Bereich der beruflichen Orientierung sollte gestärkt und mit entsprechenden Ressourcen unterfüttert werden. Ebenso sollte der Erlass die Nutzung von innovativen und spannenden Orientierungsformaten unterstützen, um das Interesse von Schülerinnen und Schülern an beruflicher Orientierung zu wecken.

☑ Es ist wichtig, dass die Themen Fachkräftenachwuchs und Qualifizierung bei Politik und Öffentlichkeit weiterhin im Fokus stehen. Das duale Studium sollte immer mitgedacht werden, da es eine gute Verzahnung von beruflicher und akademischer Ausbildung darstellt.

☑ Mit zunehmender Heterogenität der Gesellschaft gewinnt das Thema Demokratiebildung an Bedeutung. Das Verständnis von Demokratie sollte daher in den Schulen und auch später in der Ausbildung intensiviert werden. Zudem können multiprofessionelle Teams in den Schulen dazu beitragen, die jungen Menschen in verschiedensten Bereichen besser zu unterstützen.

☑ Bei der Ausbildungsgarantie muss in der Umsetzung ein absoluter Vorrang für betriebliche Ausbildung garantiert und die Fachkräfte-Situation in einzelnen Berufen und Branchen einbezogen werden. Zur regionalen Mobilitätssteigerung könnte ein Azubi-Ticket beitragen.

☑ Um den wachsenden Anforderungen durch die Digitalisierung gerecht zu werden, sollten Bund und Länder die Fortschreibung des Digitalpaktes in Angriff nehmen und hier auch die berufsbildenden Schulen hinreichend berücksichtigen. Neben der Ausstattung ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Lehreraus- und -weiterbildung erforderlich, die auch KI einbindet, sowie eine Unterstützung der Lehrenden durch IT-Experten und Zeit für die Konzeptentwicklung. Es braucht moderne innovative Maßnahmen und Projekte, die Unterstützung finden. Dies gilt für Didaktik ebenso wie für lernortübergreifende Konzepte, die durch Kooperationen und hybride Formate die Vorteile von Kompetenzzentren mit denen wohnortnaher Beschulung kombinieren.

☑ Doch nicht nur der berufliche, auch der akademische Bereich hat mit erheblichen Nachwuchssorgen insbesondere im MINT-Bereich zu kämpfen. Die Förderung der Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in beide Richtungen sowie die Erhöhung von Verbleibsquoten ausländischer Studierender bieten hier zwei besonders spannende Ansatzpunkte von vielen, die von der Politik noch besser unterstützt werden können.

Wie können wir zusätzliche Fachkräftepotenziale gezielt heben?

Wie ist es?

Wir werden es zukünftig mit immer größeren Fachkräfteengpässen zu tun bekommen – je nach Branche, Unternehmensgröße, Berufsbild und Region in unterschiedlicher Ausprägung. Das wird sich angesichts der demografischen Entwicklung sowie der aktuellen wirtschaftlichen Transformation weiter verschärfen.

Gleichzeitig gibt es für Menschen ohne Berufsabschluss immer weniger Jobs. Wir sprechen hier von einer wesentlichen Gruppe von Menschen, die ihre Beschäftigungsfähigkeit sichern müssen und die mit dem Fachkräftemangel in den Fokus rückt: Das Statistische Bundesamt weist zum 30. September 2023 rund 4,6 Millionen Beschäftigte ohne Ausbildungsabschluss aus. Das entspricht einem Anteil von rund 13 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Laut Berufsbildungsbericht 2024 ist auch die Zahl junger Erwachsener ohne Berufsabschluss auf einem hohen Niveau. Demnach betrug die Ungelerntenquote 2022 allein bei den 25- bis 34-Jährigen 20,1 Prozent – das sind mehr als 2,12 Millionen.

Hinzu kommt, dass der Fachkräftemangel ohne Menschen aus dem Ausland und funktionsorientierter Integration von Migrantinnen und Migranten in Deutschland nicht zu bewältigen ist: Um das Arbeitskräfteangebot bis 2035 konstant zu halten, müsste laut Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Wanderungssaldo – also die Zahl der Menschen, die nach Deutschland kommen, abzüglich derjenigen, die uns wieder verlassen – jährlich bei rund 400.000 liegen. Grob heruntergerechnet auf die IHK-Region Hannover wären das jedes Jahr rund 16.000 Menschen, bei denen auch die mitgebrachten Qualifikationen passen müssen.



Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund neue gesetzliche Regelungen geschaffen, mit denen mehr Fachkräfte für den Arbeitsmarkt gewonnen werden sollen. So wurden die Bedingungen zur Qualifizierung verbessert, um z. B. An- und Ungelernte fit für die Transformation zu machen. Und mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz können qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten leichter nach Deutschland kommen. Ab dem 1.1.2025 wird zusätzlich das Instrument der Validierung zur Verfügung stehen. Damit können Erwachsene, die ihre beruflichen Kompetenzen primär durch Arbeitserfahrung erworben haben, einen anerkannten Nachweis über ihr fachliches Know-how im Vergleich zu Ausbildungsabschlüssen, z. B. in IHK-Berufen, erhalten.



Wie soll es sein?

Die IHK Hannover sieht in der vermehrten Zuwanderung von ausländischen Fachkräften aus Drittstaaten einen großen Hebel zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz gibt es zusätzliche Wege und Spielräume für Unternehmen, Fach- und Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen. Allerdings erhöhen sich die Komplexität und der Beratungsaufwand gerade durch die Vielfalt der neuen Möglichkeiten erheblich. Deshalb besteht ein hoher Druck, funktionierende Einwanderungsprozesse zu etablieren. Nur so werden die Menschen, die uns weiterhelfen können, hier auch ankommen. Erfolgreiche Fachkräfteeinwanderung setzt eine positive Einstellung gegenüber Einwanderern in der Gesellschaft voraus. Deshalb sollte eine gelebte Willkommenskultur den Fachkräften und ihren Familien bei der nachhaltigen Integration in unsere Arbeitswelt und Gesellschaft helfen und ein reibungsloses Onboarding sicherstellen. Zudem ist es notwendig, die zuwandernden Menschen und die beteiligten Unternehmen umfangreich zu beraten und zu begleiten.

Für die Unternehmen ist die Integration von Geflüchteten wichtig. Viele dieser Menschen bringen wertvolle Qualifikationen und Berufserfahrungen mit, die in verschiedenen Branchen dringend benötigt werden. Vor diesem Hintergrund ist die Beschäftigungsquote der Geflüchteten deutlich ausbaufähig und die Integration in den Arbeitsmarkt sowie der Spracherwerb sollten schneller vorangehen. Politik und Verwaltung sollten gemeinsam die Weichen für eine erfolgreiche Fortsetzung der Integrationsbemühungen stellen.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs bedarf der Aktivierung aller zur Verfügung stehenden Potenziale. Unternehmen sollten hierbei mehr als bisher die Weiterqualifizierung von An- oder Ungelernten in den Blick nehmen. Insbesondere Teilqualifikationen (TQs) bieten sich dazu an. TQs stellen inhaltlich Teile eines anerkannten Ausbildungsberufs dar, die in der Summe den gesamten Beruf abbilden. Sie haben das Ziel, Schritt für Schritt nachträglich über IHK-Kompetenzfeststellungen und die Externenprüfung zum Berufsabschluss zu führen. Gleichzeitig gewinnen Unternehmen durch das Instrument neue Fachkräfte.

Erwerbspersonen ohne formalen Berufsabschluss, die gleichzeitig aber viel Praxiserfahrung in einem Berufsfeld mitbringen, sollten die Chancen des neuen Instruments der Validierung nutzen, um ihre non-formal erworbenen Kompetenzen transparent nachzuweisen. Nach erfolgreicher Teilnahme an einem Validierungsverfahren kann ihnen die volle oder teilweise Gleichwertigkeit der beruflichen Kompetenzen mit dem gewählten Berufsabschluss bescheinigt werden. Je nach Ergebnis sind anschließend Möglichkeiten der Qualifizierung – z. B. über TQs – wichtig, um fehlende Inhalte zu erwerben und den Fachkraftstatus zu erlangen.

Was brauchen wir?

- ✔ Für jedes Unternehmen muss das (beschleunigte) Fachkräfteverfahren zügig abgewickelt werden. Dazu brauchen wir in Niedersachsen Ausländerbehörden, die zu kompetenten und serviceorientierten Anlaufstellen für die Unternehmen ausgebaut werden. Viele andere Bundesländer haben eine zentrale Ausländerbehörde für das beschleunigte Fachkräfteverfahren. Das sollte auch für Niedersachsen ein Weg sein, um den Bedürfnissen der Unternehmen gerecht zu werden. Die IHK ist gesprächsbereit, um Ausländerbehörden zu entlasten. Dies könnte z. B. im Rahmen von entsprechenden Vereinbarungen sichergestellt werden, damit die erforderlichen Unterlagen bereitliegen und so die jeweiligen Fachkräfteverfahren zügiger erledigt werden können. Als positives regionales Beispiel ist hier die Kooperationsvereinbarung der IHK mit den Ausländerbehörden von Stadt und Region Hannover zu nennen.
- ✔ Unternehmen und ausländische Fachkräfte benötigen Informations- und Beratungsstrukturen, die das komplexe Regelwerk der Fachkräfteeinwanderung überschaubar und verständlich erklären. Sind die Fachkräfte in Niedersachsen angekommen, ist die Integration in den ersten Wochen oft entscheidend. Wirksame Onboarding-Prozesse können helfen, Fachkräfte dauerhaft an Bord zu holen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen brauchen hierbei oft Kümmerer, die sie unterstützen.
- ✔ Vor Ort am neuen Arbeits- oder Ausbildungsplatz muss ein Angebot an berufsbezogenen Deutschkursen vorhanden sein, das inhaltlich und zeitlich mit den Interessen der Unternehmen vereinbar ist. Insbesondere an berufsbildenden Schulen muss eine verlässliche Struktur für die Sprachförderung der Auszubildenden etabliert werden. Es ist wichtig, dass dieser Sprachunterricht in der Berufsschule oder im Betrieb in Kleinstgruppen ermöglicht wird, um die nötige räumliche und zeitliche Flexibilität zu gewährleisten. An den Berufsschulen brauchen wir Kümmerer, die Sprachförderbedarfe frühzeitig identifizieren und entsprechende Angebote organisieren.
- ✔ Erleichterte Bedingungen für die Zuwanderung aus Drittstaaten können nur dann erfolgreich sein, wenn ausländische Fachkräfte und Azubis vor Ort attraktive Rahmenbedingungen, z. B. hinsichtlich Wohnen, (digitaler) Infrastruktur und Nahverkehr vorfinden. Gerade für Auszubildende ist das Thema „Wohnen“ eine Voraussetzung für die Zuwanderungsentscheidung. Politik und Verwaltung sollten hier gemeinsam für ein attraktives Umfeld sorgen.
- ✔ Die Attraktivität und Bekanntheit von Niedersachsen als Arbeits- und Lebensort muss durch zielgerichtete Aktivitäten und (Pilot-)Projekte zur Fachkräfteakquise im Ausland erhöht werden. Über Netzwerke in Drittstaaten mit ausreichend Fachkräftepotenzial muss Niedersachsen als attraktive Zuwanderungsregion platziert werden. Wir brauchen Musterprozesse, die idealerweise aus Best-Practice-Projekten für eine gelingende Fachkräfteeinwanderung entwickelt und kontinuierlich verbessert werden. Die IHK Hannover hat durch die bestehenden Kontakte mit Auslandshandelskammern (AHK) eine gute Basis, um die Zuwanderung von ausländischen Fachkräften voranzubringen. Außerhalb solcher Projekte sollten sich Betriebe auf Qualitätsstandards und die Seriosität von privaten Recruitern verlassen können. Hierzu könnte ein Qualitätssiegel dienen, mit dem sich Recruiter bei der Vermittlung von zuwanderungswilligen Menschen an Unternehmen auf entsprechende Standards verpflichten.
- ✔ Hinsichtlich der steigenden Anzahl von An- und Ungelernten sollte das enorme Potenzial von TQs stärker genutzt werden, um Menschen praxisnah und flexibel für Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt schrittweise zu qualifizieren. Weitere Möglichkeiten der Verzahnung von TQs mit bestehenden Maßnahmen der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse oder der neuen Validierungsverfahren müssen in den Blick genommen werden. Wichtig ist ein niederschwelliger Zugang zu diesen Instrumenten. Denn vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Transformation müssen gerade der Gruppe der An- und Ungelernten Ängste und Verunsicherung genommen und lohnende Wege zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit aufgezeigt werden. Für die regionale Umsetzung brauchen wir Bündnisse aus Unternehmen, Bildungsträgern, Arbeitsverwaltungen und Kammern, die sich gemeinsam dafür einsetzen, dass entsprechende Angebote vor Ort bereitgestellt und genutzt werden. Um die Chancen der Instrumente zu verdeutlichen, ist es notwendig, noch stärker insbesondere Unternehmen anzusprechen und zu sensibilisieren. Erfolgreiche Beispiele, wie etwa die Zusammenarbeit der IHK Hannover mit Continental im Bereich der TQs, zeigen, dass sich diese Anstrengungen lohnen.

Was müssen wir leisten, um offene Märkte zu schützen?

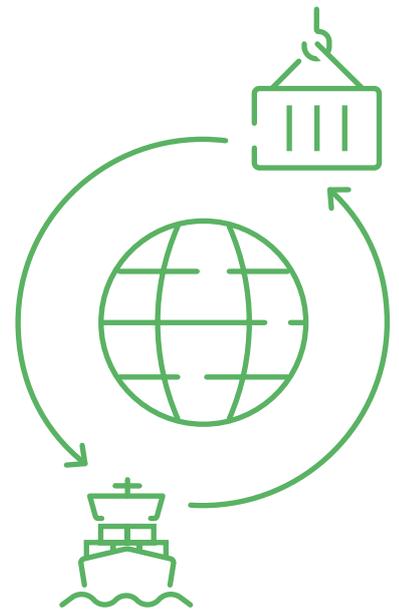
Wie ist es?

Jahrzehntelang wurde der internationale Handel immer mehr erleichtert. Die Handelsströme sind durch diesen Rückhalt jahrelang weltweit gewachsen. Die deutschen Unternehmen haben die sich bietenden Chancen besonders gut genutzt und dadurch den deutschen Wohlstand gesteigert. Entsprechend groß war der Rückhalt für die weltweiten Handelserleichterungen in der deutschen Bevölkerung: Offenheit galt als Wert an sich – sowohl in der Politik wie auch in der Gesellschaft.

Aber in dem Maß, in dem der Handel wuchs, wurde er auch immer mehr zu einer Zielscheibe für – häufig populistisch motivierte – Aktionen: Eigene nicht wettbewerbsfähige Branchen wurden durch abwehrende Regulierungen geschützt, wenn nur laut genug danach gerufen wurde. Sanktionen wurden genutzt, um wirtschaftlichen Druck auszuüben. Und in zunehmendem Maße soll der internationale Handel auch noch dazu dienen, weitere politische Ziele weltweit durchzusetzen (Menschenrechte, Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte).

Inzwischen haben alle diese Eingriffe ein Ausmaß erreicht, das die Dynamik des internationalen Handels stark einschränkt. So geben zum Beispiel über 60 Prozent der Unternehmen an, im vergangenen Jahr in ihren internationalen Geschäften mit neuen Hemmnissen konfrontiert worden zu sein. Wohlgedenkt: es handelt sich hierbei nur um neue Hemmnisse – die in den Jahren davor geschaffenen Hemmnisse bestehen in den meisten Fällen ebenfalls noch. Mit anderen Worten: jedes Jahr werden weltweit neue Ziegelsteine auf die Abschottungsmauern gelegt.

Gleichzeitig geben 86 Prozent der Unternehmen an, dass sie in ihren internationalen Aktivitäten durch von Deutschland oder der EU geschaffene Handelsbeschränkungen und andere Herausforderungen eingeschränkt zu werden. Konkret geht es hier um neue,



Die Umsetzung der Exportkontrolle ist inzwischen zu einem massiven Standortnachteil für deutsche Unternehmen geworden.

ausufernde Berichtspflichten, um das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und ähnliche Bestimmungen, aber auch um Hürden bei der Exportkontrolle und ewig lange Bearbeitungszeiten beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).

Wie soll es sein?

Die vormals angestrebte Offenheit der Märkte wird heute nicht mehr als wohlstandsschaffender Wert begriffen. Als Erfolgsmeldung gilt es vielmehr allzu häufig, wenn durch Abschottungsmaßnahmen, Sanktionen oder Strafzölle in die Handelsströme eingegriffen wird. Und jeder dieser Eingriffe schwächt die Basis des Welthandels und mindert unseren Wohlstand. Wir benötigen hier dringend ein Umdenken – und wir können dabei nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen, sondern müssen bei unserem eigenen Handeln anfangen, das ebenfalls immer stärker zu Eingriffen in den offenen Handel neigt.

Selbst bei eigentlich gut gemeinten Aktionen ist zu konstatieren, dass sie an einem großen Teil der Unternehmen, denen sie eigentlich nutzen sollen, vorbeilaufen: Freihandelsabkommen der EU werden von viel weniger Unternehmen genutzt, als es eigentlich möglich wäre. Für viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist der Aufwand einfach viel zu groß – so wird zum Beispiel der Aufwand, den die jeweils unterschiedliche Ermittlung des Warenursprungs im Unternehmen verursacht, oft in den Verhandlungen nicht mitgedacht.

Was brauchen wir?

Offene Märkte sollten wieder als Aufgabe begriffen werden, in die Energie, Kreativität und auch Verhandlungsgeschick investiert werden muss:

✔ Die Ausrichtung sämtlicher Maßnahmen, die den internationalen Handel betreffen, egal ob durch ein Freihandelsabkommen, Lieferkettengesetz, Entwaldungsverordnung oder eine andere Gesetzesinitiative muss dringend auf einen KMU-Prüfstand gestellt werden: sind Freihandelsabkommen nicht problemlos für KMU anwendbar oder sind neue Gesetze mit speziell von KMU schwer zu bewältigenden Lasten verbunden, muss die Ausrichtung oder Konstruktion der Maßnahme noch einmal überdacht werden. Hierbei sollte stets ein risikobasierter Ansatz im Vordergrund stehen: statt die breite Masse von Unternehmen mit umfangreichen Kontroll- und Dokumentationspflichten zu belasten, sollten solche Maßnahmen auf die Felder begrenzt werden, wo das größte Risiko anzunehmen ist.

✔ Der Binnenmarkt erweist sich als halbfertiger Rohbau, wenn es um die Entsendung von Mitarbeitern in der EU geht. Es gibt nicht nur die A1-Bescheinigung, sondern eine ganze Vielfalt an Meldepflichten und -hürden in jedem EU-Land. Das ist eines Binnenmarktes unwürdig – und damit eine der Hauptaufgaben für die europäische Politik: Die administrativen Anforderungen bei der Entsendung von Mitarbeitern sollten weitestmöglich abgebaut und vereinheitlicht werden.

✔ Die Umsetzung der Exportkontrolle ist inzwischen zu einem massiven Standortnachteil für deutsche Unternehmen geworden. Wartezeiten für Genehmigungen des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) sind in Deutschland häufig drastisch länger als in anderen EU-Ländern; deutschen Unternehmen gehen Kunden verloren, weil ein Jahr auf eine Ausfuhrgenehmigung gewartet wird. Das ist nicht hinnehmbar. Es sollte deshalb hier einen Automatismus geben: was nicht innerhalb von drei Monaten nach Antragstellung beschieden ist, gilt als genehmigt.

✔ Mit Nachdruck für offene Märkte eintreten! Das kann sogar auch bedeuten, erst einmal einen Schritt in die andere Richtung zu machen: wo die Regelungen zu ungleichgewichtig zu Lasten der Unternehmen aus der EU sind, sollte eine Reziprozität eingefordert werden. Das kann auch bedeuten, dass man für einzelne Länder, die für Unternehmen aus der EU ihre Märkte nicht ausreichend öffnen oder sich nicht mit einer deutlichen Tendenz auf eine solche Öffnung zubewegen, im Gegenzug auch Einschränkungen implementiert. Hier ist ein deutlich selbstbewussteres Auftreten der EU nötig: die EU ist weltweit ein Schwergewicht sowohl was Exporte als auch was Importe angeht. Damit geht auch die Verantwortung einher, sich für weltweit offene Märkte mit Nachdruck zu engagieren.

Wie transformieren wir die Energiewirtschaft?

Wie ist es?

Die Energiewende ist eine große Herausforderung für die Betriebe in Deutschland und Niedersachsen. Um bis 2040 klimaneutral zu werden, muss das niedersächsische Energiesystem erheblich modernisiert werden. 2023 wurde in Niedersachsen erstmals mehr Strom aus Windenergie, Sonne, Biomasse und Wasserkraft produziert als verbraucht.

Niedersachsen deckt mit Windkraft, Biomasse und Solaranlagen schon jetzt bilanziell über 100 Prozent seines Strombedarfs und ist damit im Stromsektor klimaneutral. Zudem sind von 1990 bis 2020 die niedersächsischen Treibhausgasemissionen um etwas mehr als 25 Prozent reduziert worden.

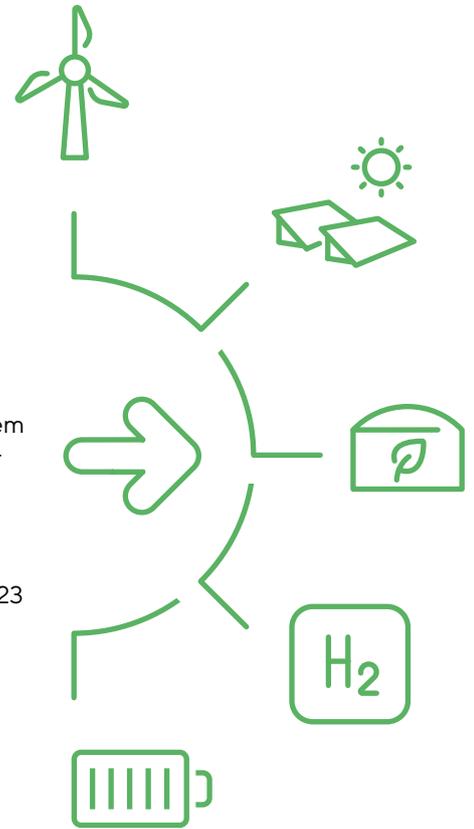
Deutschlandweit betrug allerdings der regenerative Anteil am Bruttostromverbrauch 2023 erst rund 52 Prozent. Auch der Bruttoendenergieverbrauch in Niedersachsen 2023 war erst zu knapp 30 Prozent erneuerbar.

Die Transformation des Energiesystems erfordert daher einen erheblichen Ausbau der erneuerbaren Energien nicht nur im Strommarkt, sondern vor allem auch bei Mineralöl bzw. Kraftstoffen und Gasen insbesondere für Wärme- und Mobilitätsanwendungen. Mineralöl und Mineralölprodukte und Gas waren 2023 immerhin noch jeweils zu rund ein Drittel für den Endenergieverbrauch verantwortlich.

Für die Klimaneutralität in Niedersachsen ist es zudem wichtig, energieeffizienter zu wirtschaften und den Energieverbrauch kontinuierlich zu reduzieren und vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Durch verstärkte Einspar- und Effizienzaktivitäten hat sich seit 1990 der niedersächsische Primärenergieverbrauch um etwa 30 Prozent verringert. Der Mineralölverbrauch ist auch erheblich reduziert worden.

Zur Ausgangssituation in Niedersachsen: Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Niedersachsen hat sich seit den 90er Jahren vor allem im Strommarkt gut entwickelt. Auch die Energieeinsparaktivitäten der letzten Jahrzehnte wirken sich sehr positiv aus. Hingegen sind die Energiewende und Klimaneutralität vor allem von Wärme- und Mobilitätsanwendungen bisher erst in weiter Ferne zu erblicken.

Im November 2023 ist der Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung von der Bundesregierung und den Bundesländern beschlossen worden. In der Folge sind in den letzten Monaten erhebliche rechtliche Änderungen, unter anderem die Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, vorgenommen worden. Erneuerbare-Energien-Anlagen sind nun im überragenden öffentlichen Interesse und Klimaschutz als Schutzgut in das Bundes-Immissionsschutzgesetz aufgenommen worden. Weitere Maßnahmen sind unter anderem die stärkere Digitalisierung der Genehmigungsverfahren und Genehmigungsfiktionen.



Wie soll es sein?

Die Energiewende in Niedersachsen und die Dekarbonisierung der Energie- und Wärmeversorgung, der industriellen Prozesse sowie der Mobilitätsanwendungen stellt für Niedersachsen eine enorme Herausforderung dar. Das vom Gesetzgeber formulierte Ziel ist es, dass Niedersachsen 2040 Klimaneutralität erreicht. Dafür sind weiterhin viele Maßnahmen notwendig.

In den nächsten Jahren werden die niedersächsischen Kommunen zur kommunalen Wärmeplanung verpflichtet. Als erster Schritt sind etwa 100 Mittel- und Oberzentren in Niedersachsen bis Ende 2026 hierzu verpflichtet. Bis 2028 sollen dann alle Kommunen eine Wärmeplanung haben. Erfolgreich können diese Planungen nur unter Einbeziehung der gewerblichen Wirtschaft sein.

Niedersachsen deckt mit Windkraft, Biomasse und Solar schon jetzt bilanziell 100 % seines Strombedarfs.





Um die erneuerbaren Energien schneller auszubauen, sind die Genehmigungsverfahren von Anlagen zu beschleunigen und zu optimieren.

Niedersachsen spielt eine wesentliche Rolle bei der deutschen Erdgasversorgung. In Niedersachsen befinden sich über 90 Prozent der nationalen Erdgas- und etwa ein Drittel der Erdöl-Produktion und -reserven. Der deutsche Erdgasverbrauch ist seit 2022 zwar um etwa 20 Prozent zurückgegangen. Die bestehenden Infrastrukturen sollten auf eine Weiterverwendbarkeit im Zuge der Energiewende in die Planungen miteinbezogen werden.

Außerdem ist die Verwendung erneuerbarer Gase, wie z. B. Biogas, Biomethan, Holz-, Gruben-, Deponie- und Klärgas, auszubauen, um möglichst bald Klimaneutralität erreichen zu können. Erneuerbare Gase und Power to Gas-Technologien sind für die Energiewende zentrale Elemente. Mehr als 10 Milliarden Kubikmeter Biomethan können zum Beispiel nach Schätzungen bis 2030 pro Jahr nachhaltig erzeugt und eingespeist werden.

Im Verkehrssektor bieten Elektromobilität, grüner Wasserstoff und Biokraftstoffe vielversprechende Optionen. Zum Beispiel fahren Busse im öffentlichen Nahverkehr sowie Spezial- und Schienenfahrzeuge bereits mit Wasserstoff. Zudem könnte Niedersachsen seine Klimabilanz unter anderem im Mobilitäts- und Produktionssektor durch E-Fuels erheblich verbessern. Die Vorteile von E-Fuels sind, dass sie aus sehr sonnen- und windreichen Regionen zu uns transportiert werden können und mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren und für die effiziente Wärmeversorgung in privaten Haushalten kompatibel sind. Wasserstoff und E-Fuels können auch den CO₂-Ausstoß von Industrieunternehmen, die zum Beispiel Eisen, Stahl, Zement und Grundstoffe produzieren, durch stärkere Integration in die Produktionsprozesse erheblich verringern.

Für den Markthochlauf und den Transport von Wasserstoff ist es wichtig, dass außer der notwendigen Import- und überregionalen Transportinfrastruktur auch schnell die notwendige Verteilnetz- und Speicherinfrastruktur geschaffen wird. Es ist geplant, das Wasserstoffkernnetz schrittweise bis 2032 zu realisieren, um vor allem klimaneutralen Wasserstoff

zu transportieren. Der überwiegende Teil des Wasserstoffkernnetzes, etwa 60 Prozent, ist auf die Umstellung von Erdgasleitungen zurückzuführen. Das ist auch der Fall, weil der in windreichen Regionen, wie z. B. in der Nähe der Nordsee, produzierte Wasserstoff unter anderem in die Industrieregionen transportiert werden muss.

In Niedersachsen gibt es zudem Industriezweige mit Anwendungsbereichen für Wasserstoff, wie zum Beispiel Hersteller von Straßen- und Schienenfahrzeugen, Schiffen oder Flugzeugen, Stahlerzeuger und chemische Industrie, Gewerbe- und Industriegebiete mit idealer Logistikinfrastruktur, Unternehmen mit Erfahrungen im Umgang mit Wasserstoff, Lösungsangeboten und marktfähigen Produkten sowie Unternehmensnetzwerke, um schnell Kontakt zu Kooperationspartnern, Zulieferunternehmen und potenziellen Kunden zu erhalten.

Was brauchen wir?

Mit den guten Standortvoraussetzungen für erneuerbare Energien muss es Ziel sein, dass Niedersachsen die Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Energiewende und dem Erreichen der Klimaneutralität ausbaut.

Die niedersächsische Wirtschaft muss aber auch auf eine verlässliche Versorgung mit Strom und Gas und anderen Energieträgern zu wettbewerbsfähigen Preisen bauen können. Versorgungssicherheit ist ein bedeutender Standortfaktor für die niedersächsische Wirtschaft. Eine bezahlbare, zuverlässige und umweltverträgliche Energieversorgung unterstützt die wirtschaftliche Tätigkeit der niedersächsischen Unternehmen, aber auch Investitionen in die Energieinfrastruktur, wie Stromnetze und moderne, flexible dezentrale und zentrale Kraftwerke.

Zusammen mit der Landesregierung haben sich die niedersächsischen Industrie- und Handelskammern in einem Positionspapier 2023 für die Stärkung der Energiewende und die Senkung bzw. Stabilisierung der Energiepreise ausgesprochen. Wesentliche Bedeutung hierfür erhalten unter anderem die Finanzierung der Netzentgelte über den Bundeshaushalt, die Reduzierung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, die Einführung eines Transformations- bzw. Industriestrompreises sowie die Unterstützung bei betrieblichen Investitionen zur Reduzierung des Energieverbrauchs.

Um langfristig zur Treibhausgasminderung beizutragen, müssen vor allem Erdgas und auch Mineralöl mehr und mehr durch erneuerbare und dekarbonisierte Energieträger, z. B. erneuerbare Gase und grünen Wasserstoff, ersetzt werden. Für die Energiewende in Niedersachsen sind außerdem regenerative Kraftstoffe und regenerativ erzeugte E-Fuels zu fördern und erheblich auszubauen. Dafür notwendig sind diskriminierungsfreie Rahmenbedingungen und ein fairer Wettbewerb.

Je weiter der Ausbau der Erneuerbaren, von Elektromobilität und Wärmepumpen voranschreitet, desto dringlicher ist eine leistungsfähige Infrastruktur.

Südniedersachsen mit den Landkreisen Göttingen, Goslar, Holzminden, Northeim und der Stadt Göttingen ist in die deutschen und niedersächsischen Wasserstoffaktivitäten stärker einzubeziehen. Dort gibt es einen hohen Gasverbrauch mit vielen energieintensiven, produzierenden Unternehmen. Darüber hinaus verfügt Südniedersachsen über ein hohes Potenzial für die Erzeugung von Wasserstoff und bewegt sich mit verschiedenen Projekten hin zu einer Wasserstoff-Einspeiseregion. Eine Verbindung von Salzgitter über Goslar, Northeim und Göttingen nach Kassel wird für notwendig gehalten.

Um die erneuerbaren Energien schneller auszubauen, sind zudem die Genehmigungsverfahren von Anlagen unter anderem für die Erzeugung von erneuerbaren Energien zu beschleunigen und zu optimieren.

Die Umsetzung der Energiewende und die Transformation des Energiesystems werden auch in Niedersachsen weiterhin oberste Priorität haben. Insbesondere für den Windenergieausbau On- und Offshore, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und die Umwandlung in grünen Wasserstoff und andere regenerative Energieträger bietet Niedersachsen gute Voraussetzungen, die es zu nutzen gilt.

Wie gestalten wir die Mobilität von morgen?



Wie ist es?

Mobilität ist ein unverzichtbarer Bestandteil wirtschaftlicher Prozesse und Grundvoraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Damit ist sie ein zentraler Baustein der Prosperität von Wirtschaft und Gesellschaft. Die aktuelle Langfristverkehrsprognose zeigt, dass die Verkehrsleistung auch weiter ansteigen wird. Im Personenverkehr wird bis 2051 ein Zuwachs von 13 Prozent und im Güterverkehr sogar um 46 Prozent erwartet.

Zentraler Verkehrsträger bezogen auf die Verkehrsleistung ist mit einem Anteil von rund 74 Prozent sowohl beim Güter- als auch beim Personenverkehr die Straße. Beim Güterverkehr folgt mit 19 Prozent die Schiene vor der Wasserstraße (knapp 8 Prozent). Bis 2051 wird für den Personenverkehr ein Rückgang des Straßenanteils auf rund 68 Prozent prognostiziert, während im Güterverkehr der Anteil auf über 77 Prozent steigen soll. Damit wird auch zukünftig die Straße die Hauptlast des Verkehrs tragen müssen, selbst dann, wenn die vielfach geforderten Rückgänge des Straßenverkehrs stärker als prognostiziert erreicht werden können.

Eine zentrale Herausforderung stellt das gesetzlich verankerte Ziel der Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 dar. Hier konnte der Verkehrssektor bisher noch keinen hinreichenden Beitrag leisten. Folge sind Forderungen nach restriktiven Maßnahmen im Straßenverkehr sowie einer grundsätzlichen Verkehrswende. Besonders im Fokus der Diskussion steht dabei der städtische Verkehr. Es gilt Lösungen zu entwickeln, mit denen die Einhaltung der Umweltbelange erreicht und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhalten wird.

Politik und Gesellschaft sollten anerkennen, dass die Mobilitätsbedürfnisse alle Verkehrsträger erfordern und Verkehre nicht beliebig reduzierbar und verlegbar sind.



Ein weiteres zentrales Problem stellen der kritische Erhaltungszustand sowie Kapazitätsprobleme der Verkehrsinfrastruktur dar. Folge sind Verspätungen und Zugausfälle, Staus und Umwegfahrten und damit hohe Kostenbelastungen und fehlende Kalkulierbarkeiten für die Unternehmen. Schwertransporte sind teilweise kaum noch durchführbar. Folge ist aber auch, dass dadurch die Freiheitsgrade zur Erreichung der Klimaschutzziele deutlich beschränkt werden, da Verlagerungen von Verkehren nur eingeschränkt möglich sind. Entsprechend stehen die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und die zügige Umsetzung von Planungen sowie Bau- und Erhaltungsmaßnahmen seit Jahren im Mittelpunkt der politischen Diskussion.



Wie soll es sein?

Wir brauchen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene eine Verkehrspolitik, die sich nicht an politischen Wünschen, sondern an realistischen Zielvorstellungen orientiert. Nur auf einer solchen Basis lassen sich erfolgversprechende Lösungen für die Probleme des Verkehrssektors entwickeln. Dabei sind grundsätzlich auch die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu berücksichtigen, um die wirtschaftliche Basis unserer Gesellschaft nicht zu gefährden. Weiterhin ist zu beachten, dass klimapolitische Maßnahmen schnell unwirksam werden können, wenn sie zur Verlagerung von Wertschöpfungsketten führt.

Politik und Gesellschaft sollten anerkennen, dass die Mobilitätsbedürfnisse alle Verkehrsträger erfordern und Verkehre nicht beliebig reduzierbar und verlagerbar sind. Entsprechend sollten stark polarisierende Forderungen vermieden werden, um die notwendigen Vertrauensverhältnisse und die Kooperationsbereitschaft nicht zu zerstören. Die Abwicklung des Verkehrs muss kooperativ und ohne einseitige Benachteiligungen erfolgen, um knappe Ressourcen optimal zu nutzen. Dies beinhaltet auch das Anerkenntnis, dass Hauptverkehrswege der Bündelung von Verkehren dienen und leistungsfähig zu gestalten sind.

Verlagerungen von Verkehren auf die Schiene setzen eine entsprechende infrastrukturelle Leistungsfähigkeit voraus. Unabhängig davon wird aber dem straßengebundenen Wirtschaftsverkehr u. a. aufgrund von Güterstrukturen, der Häufigkeit von Fahrten und Verkehrsrelationen auch weiterhin eine zentrale Rolle zukommen. Die veralteten und überlasteten Infrastrukturen sollen ertüchtigt werden und technologische Lösungen wie insbesondere die Digitalisierung sollen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit vorangetrieben werden. Auch die Binnenschifffahrt sollte hier mitgedacht werden. Nur so können die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten und gleichzeitig Potenziale für die Verlagerung von Verkehr geschaffen werden.

Auch der Luftverkehr wird unverändert aufgrund seiner speziellen und hochwertigen Qualitätsmerkmale eine besondere Bedeutung haben, wofür zukunftsfähige Rahmenbedingungen beispielsweise für den Einsatz klimafreundlicher Treibstoffe notwendig sind.

Die erforderliche Transformation zu einem umweltfreundlichen Verkehrssystem sollte primär über technologische Lösungen erfolgen. Stichworte hierfür sind u. a. emissionsarme/emissionsfreie Antriebe und Kraftstoffe, innovative Logistik und Mobilitätskonzepte, Digitalisierung oder autonomes Fahren.



Wesentliche Voraussetzung für die entsprechend der Klimaschutzziele erforderliche Marktdurchdringung neuer Antriebe bleibt der Aufbau einer bedarfsgerechten Ladeinfrastruktur. Insbesondere der schwere Güterverkehr benötigt dabei eine umfangreiche Megacharger- und Wasserstoffinfrastruktur, deren Ausbau bisher noch nicht absehbar ist. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Solange die Marktdurchdringung noch nicht hinreichend ist, kann aber auch der Einsatz von Biokraftstoffen oder e-Fuels eine wichtige Rolle zum Erreichen der Reduktionsziele der Treibhausgasemissionen liefern. Hier sollte Realismus vor prinzipiellen Erwägungen stehen.

Bei allen Entscheidungen sind verlässliche Rahmenbedingungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zentrale Voraussetzungen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Planungssicherheit ist essenzielle Voraussetzung unternehmerischer Investitionsentscheidungen. Verbote, Beschränkungen und Verteuerungen sollten vermieden werden, da sie die Wirtschaft schwer belasten und der Umwelt meist wenig helfen: Eine schlechtere Erreichbarkeit führt zu Veränderungen der Standortwahl bei Kunden und Anbietern und damit eher zu mehr als zu weniger Verkehr. Zudem reduzieren Kostensteigerungen für Unternehmen die Freiräume für Investitionen in umweltfreundliche Technologien. Unternehmen sind bereit, Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität zu ergreifen. Entsprechende Technologien und Kraftstoffe müssen jedoch zu wettbewerbsfähigen Kosten und in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

Was brauchen wir?

- ✔ Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sollten erhöht und für alle Baulastträger auf auskömmlichem Niveau verstetigt werden. Die Zweckbindung der Einnahmen aus der LKW-Maut für die Bundesfernstraßen sollte beibehalten werden.
- ✔ Erhalt sollte vor Neubau stehen, wobei insbesondere Brücken vorrangig, gegebenenfalls mit einem Sonderprogramm des Bundes, ertüchtigt werden sollten. Hauptverkehrsachsen und -knoten sowie Lückenschlüsse sollten Priorität haben.
- ✔ Planverfahren sind schneller durchzuführen. Dauer und Komplexität belasten die Wirtschaft und hemmen den Umbau zu einem umweltfreundlicheren Verkehrssystem. Die Beschleunigungsansätze auf Bundes- und Landesebene sind richtig und sollten konsequent fortgeführt werden. Die IHK-Organisation steht hier gern unterstützend bereit.
- ✔ Alternative Antriebe sind zentrale Voraussetzung für umweltfreundlichen Verkehr. Um die Marktdurchdringung zu erreichen, sollte eine flächendeckende und hochwertige Versorgungsinfrastruktur auch für den schweren Güterverkehr (z. B. Schnellladesäulen, Megacharger, Wasserstofftankstellen) geschaffen werden.
- ✔ Digitalisierung und Automatisierung bieten in Smart-Citys eine Vielzahl von Ansatzpunkten für effizientere Verkehrsabläufe. Dieses Thema sollte von den Kommunen konzeptionell vorangetrieben werden.
- ✔ Mobilitäts- und Logistikkonzepte sind zentrale Voraussetzungen für einen zielgerichteten und abgestimmten Plan zur Entwicklung und zum Umbau des Verkehrssystems. Dabei sollten die Städte und Wirtschaftsstandorte für Wirtschafts- und Kundenverkehr gut erreichbar bleiben und mobilitätsbeschränkende Maßnahmen, die auf Verdrängung zielen, vermieden werden. Zielkonflikte sollten nicht einseitig zu Lasten eines Verkehrsträgers gelöst werden. Bei allen Maßnahmen sollten die Belange der Wirtschaft mitgedacht werden.
- ✔ Ein wesentliches Hemmnis für eine emissionsarme Belieferung der Stadt stellen fehlende innenstadtnahe Logistikflächen dar. Hier sollte von den Kommunen ausreichend Flächen für Microdepots und umfangreichere logistische Tätigkeiten sowie Ladezonen bereitgestellt werden.
- ✔ Verkehrsanbindung und ÖPNV sollte auch für ländliche Regionen gestärkt werden.
- ✔ Es sollten verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die für alle Verkehrsträger eine zukunftsfähige Entwicklung ermöglichen.

Wie gelingt uns die Transformation hin zu Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit?

Wie ist es?

Der Klimawandel bedroht bestehende Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen auf globaler Ebene und erfordert ein gesamtgesellschaftliches Handeln. Die Transformation hin zu einer sowohl nachhaltigen als auch wettbewerbsfähigen Wirtschaft stellt eine enorme Herausforderung dar, bietet aber auch Chancen für neue Geschäftsmodelle. Gleichzeitig sieht sich die Wirtschaft einer zunehmenden Regulatorik gegenüber.

Mit den regulatorischen Vorgaben auf EU-, Bundes- und Landesebene werden umfangreiche Standards für die Risikobeurteilung und die Risikobehandlung des eigenen wirtschaftlichen Handelns wie auch innerhalb der Liefer- und Wertschöpfungsketten gesetzlich definiert. Die Durchsetzung der Regularien erfolgt nicht über Anreize, sondern über Pönalen.

Die unvollständige Regulatorik und fehlende Erfahrungswerte führen zu Verunsicherung.



Die Regulatorik ist – obwohl bislang noch keineswegs vollständig – bereits jetzt äußerst komplex. Zudem entwickelt sie sich ausgesprochen dynamisch weiter. Ineinander greifen die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), die EU-Taxonomie-Verordnung, die Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR), der European Sustainability Reporting Standard (ESRS) sowie auf dessen Grundlage der Listed SME-Standard (LSME) und der Voluntary SME-Standard (VSME). Darüber hinaus müssen sich Unternehmen mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), zukünftig der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) als europäischem Lieferkettengesetz, dem Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) und der EU Deforestation Regulation (EUDR) sowie weiteren Gesetze und Strategien auseinandersetzen.

Um die gemäß Regulatorik notwendigen Informationen zu bekommen, binden die betroffenen Unternehmen vor- und nachgelagerte Unternehmen ein, die in vielen Fällen gar nicht berichtspflichtig wären (Trickle-Down-Effekt).

Der für das Einhalten der Regulatorik notwendige Kompetenzaufbau ist insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen mit einem enormen Aufwand verbunden, der neben dem Kerngeschäft zu bewältigen ist. Dies kann nicht nur für im globalen Wettbewerb stehende Unternehmen zu Nachteilen führen.

Im Frühjahr 2024 haben die Vollversammlung und das Präsidium der IHK Hannover das Zukunftskonzept Nachhaltigkeit beschlossen. Hintergrund ist, dass es zu den Aufgaben der IHK gehört, Nachhaltigkeitsaktivitäten, -maßnahmen und -positionierungen zu erarbeiten, umzusetzen und zu vertreten. 2021 ist im IHK-Gesetz der Aufgabenbereich der Industrie- und Handelskammern um Ziele einer nachhaltigen Entwicklung ergänzt worden.

Handlungsbedarf sieht das Zukunftskonzept in den Themenfeldern

- 01 Nachhaltiges Wirtschaften (effiziente Produktionsbedingungen, Reduzierung schädigender Umweltauswirkungen und Verbesserung der betrieblichen Ressourceneffizienz)
- 02 Gesellschaftlichen Mehrwert einbeziehen (qualitatives Wachstum in der gesamten Wertschöpfungskette, frühzeitige Identifizierung von Marktchancen und Vorreiterrolle auf nationalen und internationalen Märkten)
- 03 Zirkuläre Wertschöpfung (wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln, ressourceneffiziente Kreislaufführung stärken, Import von Rohstoffen verringern, nachwachsende Rohstoffe nutzen und möglichst emissions- und schadstofffreie Produktionsprozesse aufbauen)
- 04 Informations- und Unterstützungsangebote ausbauen (Vorbereitung auf die neue Nachhaltigkeitsberichterstattung/CSRD und ESG-Ratings/Scorings)
- 05 Nachhaltigkeitsberichterstattung möglichst unbürokratisch regeln (niedrigschwelliger Einstieg, vereinfachtes Verfahren für KMU, Synergieeffekte mit dem Eco-Management and Audit Scheme nutzen)
- 06 Niedersächsische Förder- und Beratungsangebote Nachhaltigkeit ausbauen



Wie soll es sein?

Die Regulatorik sollte in sich konsistent sein. Berichtspflichten sollten aufeinander abgestimmt vorliegen und die Informationsbedarfe der Öffentlichkeit wie auch der Märkte sollten ziel- und zweckmäßig wie auch verhältnismäßig sein. Harmonisierungen schaffen Verlässlichkeit und reduzieren den Aufwand in den Unternehmen.

Weiterzugebende Informationen zu Produkten, Geschäfts- und Wirtschaftstätigkeiten sollten klar definiert und transparent kommuniziert sein. Auch hier sollten Ziel, Zweck und Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Wettbewerbsnachteile müssen ausgeschlossen werden.

Pflichten – ob direkt über die Regulatorik oder indirekt, bspw. über Trickle-Down-Effekte – dürfen die Unternehmen nicht über Gebühr belasten. Verschlanung und Verständlichkeit der Regulatorik tragen zu Anwendbarkeit und Akzeptanz bei.

Die unvollständige Regulatorik und fehlende Erfahrungswerte führen zu Verunsicherungen sowie Über- und Unterschätzungen der späteren Situation. Hier müssen Verlässlichkeit und Vertrauen hergestellt werden.



Was brauchen wir?

Eine Marktfähigkeit nachhaltiger Wirtschaftsweisen stellt einen wünschenswerten Weg der Transformation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Hier hat der Gesetzgeber grundsätzlich die richtigen Ziele angesprochen. Niedersachsen bietet beste Voraussetzungen für eine Transformation und bietet damit ebenfalls eine Reihe neuer, gewerblicher Optionen durch natürliche Rahmenbedingungen wie auch öffentliche und privatwirtschaftliche, anwendungsorientierte Spitzenforschung und Gründungs-Ökosysteme. Land und Bund sollten hier entsprechende Rahmenbedingungen setzen und Projekte unterstützen, die die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle im Zuge der Transformation fördern. Beratungs- und Informationsangebote öffentlicher Träger wie auch der Industrie- und Handelskammern sollten hierbei flankiert werden. Zusätzlich sollte ein unternehmerisches Handeln im Sinne der Transformation angereizt werden und Sanktionierungen vorerst ausgesetzt werden.

Regulierend sollte eingegriffen werden in Menge und Art der mit Waren und Dienstleistungen weitergereichten Informationen. Zweck und Ziel der Informationsbedürfnisse sollten verhältnismäßig und auch im internationalen Umfeld akzeptiert sein. Insbesondere für die stark außenhandelsabhängige Wirtschaft Niedersachsens stellt dies eine Minderung von Wettbewerbsnachteilen dar. Unternehmen, die bereits zertifizierte Management-Systeme wie EMAS anwenden, sollten sich auf die Akzeptanz dieser geprüften Informationen verlassen können.

Die Regulatorik sollte abgestimmt, konsistent und auf Praktikabilität ausgelegt sein. So sollten die Informationsbedürfnisse der Öffentlichkeit wie auch der Marktteilnehmer nicht mit einer Vielzahl von weiterzureichenden Dokumentationen und Berichten gedeckt werden, sondern sich an der Schaffung einer Marktfähigkeit für Nachhaltigkeit orientieren. Auf diese Weise wird der Aufwand im einzelnen Unternehmen reduziert, ohne zu Lasten des Ziels der Nachhaltigkeits-Transformation zu gehen. Gesamtwirtschaftlich wirkt dies positiv auf die Planungshorizonte und ermöglicht eine wesentlich höhere Akzeptanz. Zusätzlich sollte die Regulatorik so ausgestaltet sein, dass sie auch von juristischen Laien umgesetzt werden kann.

Industrie- und Handelskammer Hannover
Bischofsholer Damm 91
30173 Hannover

Tel. 0511 3107-0
E-Mail: info@hannover.ihk.de
www.hannover.ihk.de